



1920

II

63



EIGENTUM  
DES  
INSTITUTS  
FÜR  
WELTWIRTSCHAFT  
KIEL  
BIBLIOTHEK  
1920 II 63



1920

II 63







1920 II 63

Dem Hohen deutschen Zollparlamente

hat die dritte Delegirten-Conferenz von Handelsplätzen norddeutscher Seegegenden am 26. vorigen Monats unter Bezugnahme auf ihre Protocolle eine Reihe von Anträgen zur Reform des Zollvereins-Tarifes einzureichen sich erlaubt. Die Unterzeichneten beehren sich, diesen Anträgen die beiliegende Denkschrift folgen zu lassen und um geneigte Kenntnissnahme derselben zu bitten.

Im Mai des Jahres 1868.

Im Auftrage der dritten Delegirten-Conferenz von Handelsplätzen norddeutscher Seegegenden.

Die Handelskammer zu Bremen.

Die Handelskammer zu Hamburg.

Die Vorsteher der Kaufmannschaft zu Stettin.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft zu Danzig.

Das Vorstheramt der Kaufmannschaft zu Königsberg.

*Rechtsanwalt*



1920 II 63



# Denkschrift

über die

## Reform des Zollvereins-Tarifs

zu den

Anträgen der dritten Delegirten-Conferenz von Handelsplätzen  
norddeutscher Seegegenden an den hohen Zollbundesrath und  
das hohe Zollparlament.

**Königsberg, 1868.**

Druck der Universitäts-Buch- und Steindruckerei von E. J. Dalkowski.



Denkschrift

über die

# Reform des Zollvereins-Tarifs

von

zu den

Anträgen der dritten Delegirten-Conferenz von Handelsplätzen  
norddeutscher Seegegenden an den hohen Zollbundesrath und  
das hohe Zollparlament.



Königsberg, 1902.

Druck der Universitäts-Buch- und Binderei von E. J. Palchow.



# Denkschrift

über

## die Reform des Zollvereins-Tarifs

### I.

Wenn die letzten grossen Ereignisse in Deutschland nicht der Machtvergrösserung eines einzelnen Staates dienen, sondern die Grundlage zu der lang ersehnten Neugestaltung Deutschlands liefern sollen; wenn die weitere politische Umwandlung dabei aber nur in allmäligen vorsichtigen Schritten erfolgen darf: so wird es um so nothwendiger, wenigstens auf einem Gebiete, dem Gebiete der materiellen Interessen, Entscheidendes zu thun.

Die handelspolitische Neugestaltung Deutschlands ist in ihren wesentlichen Grundlagen vollendet. Der Zollverein hat der Hauptsache nach den Umfang gewonnen, welchen er seiner Natur nach erlangen kann, oder steht im Begriffe ihn in nächster Zeit zu erhalten. Was noch wichtiger ist, er hat Organe erhalten, welche ihn aus einem nur durch diplomatische Verträge zusammengehaltenen Verbände verschiedener Staaten zu einem einheitlichen entwicklungsfähigen Organismus machen. Die ersten Functionen dieser Organe müssen Zeugniss davon ablegen, dass ein neues, kräftiges Leben in dem umgestalteten Vereine pulsirt, dass schon mit dieser ersten Function eine neue entschlossen und erfolgreich vorschreitende Entwicklung beginnt.

Das hohe Präsidium des Zollvereines hat seine Mission, die unverzügerte Darbietung wirthschaftlicher Fortschritte, keineswegs ausser Augen gelassen. Beweis: die Vorlagen über den Handelsvertrag mit Oesterreich, über die weitere Reform des Zolltarifes und über die Abänderung einzelner Bestimmungen der Zollordnung und des Zollstrafgesetzes. Die vorliegende Denkschrift hat nur auf den Tarif Bezug. Nur völlige Befangenheit des Urtheils könnte es verkennen, dass nach Massgabe der bisherigen Vorgänge im Zollvereine die Tarif-Veränderungen des Handelsvertrages mit Oesterreich und der, sonstigen Tarif-Vorlagen, soweit sie bisher bekannt geworden sind, wesentliche Fortschritte enthalten. Allein einmal werden diese Fortschritte zu Preisen dargeboten, deren Angemessenheit sehr zweifelhaft erscheinen muss; zweitens kann der Maasstab einer früheren Periode für die fernere Entwicklung des Zollvereins nicht mehr als der richtige anerkannt werden. Von dem hohen Bundesrathe des Zollvereines und dem hohen Zollparlamente erwartet nicht bloss Deutschland, erwartet die ganze Welt andere Resultate als von den früheren geheimen Zoll-Conferenzen. Was also im Vergleiche zur früheren Zeit schon als ein schätzenswerther Fortschritt anzuerkennen wäre, darüber müssen gerade die entschiedenen Anhänger der Neugestaltung bedeutend hinausgehen suchen. Während früher schon die leiseste Milderung der bestehenden Schutzzölle dankbar zu acceptiren war, sind jetzt wenigstens die ersten Schritte zu einer durchgreifenden Tarif-Reform d. h. zum entschiedenen Uebergange von Schutzzöllen zu reinen Finanzzöllen unumgänglich zu verlangen. Wie weit wir noch immer von reinen Finanzzöllen entfernt sind, wie entschieden protectionistisch, zum Theil fast prohibitiv unsere meisten Zölle gewirkt haben, ergibt sich am schlagendsten, wenn man mit der grossen Zunahme der Be-



völkerung und ihres Wohlstandes die verhältnissmässig geringe Zunahme der Einfuhr fremder Producte und Fabrikate im Zollvereine vergleicht.

Die Einfuhr der wichtigsten Artikel, welche, ob schlecht oder gut, auch im Zollvereine hergestellt werden können, bei welchen die Zölle also hauptsächlich ihre Wirkung auf Zurückhaltung, ja Verminderung des Imports äussern konnten, betrugen:

	1845.	1850.	1855.	1860.	1865.	1866.
	Ctr.	Ctr.	Ctr.	Ctr.	Ctr.	Ctr.
Ein- und zweidräthiges rohes Baumwollengarn						
Nr. 2. b. 1 $\alpha$ . des Tarifs:	510,282	512,069	520,147	469,530	160,401	247,744
Anderes Baumwollengarn						
Nr. 2 b. 1 $\beta$ . u. b. 2 d. T.:	4,783	3,472	3,880	5,567	5,519	6,474
Baumwollen-Waaren						
Nr. 2. c. d. T.:	9,483	7,262	8,790	10,860	12,755	12,961
Soda						
Nr. 5. a. Anm. 2 n. 10 d. T.:	100,244	110,117	119,264	94,519	118,379	110,312
Roheisen						
Nr. 6. a. d. T.:	—	2,217,726	3,080,681	2,185,839	3,529,798	2,779,282
Geschmied., gewalztes, façonnirtes Eisen, Eisenblech, Eisen-drath, Eisenbahnschienen						
Nr. 6. b. c. d. e. des Tar.:	1,086,319	281,356	460,299	312,945	228,690	364,056
Eisen- und Stahlwaaren						
Nr. 6. f. d. T.:	95,992	59,863	157,734	194,578	255,763	202,314
Rohes Leinengarn, Maschinen-gespinnst						
Nr. 22. a. 1. $\alpha$ . d. T.:	59,000	31,096	33,090	70,697	114,252	119,755
Anderes Leinengarn						
Nr. 22. a. 1 $\beta$ . a. 2. b. u. c. d. T.:	17,900	19,880	24,958	51,765	48,872	70,025
Leinenwaaren						
Nr. 22. d, e, f, g, h, i d. T.:	36,328	6,061	27,014	45,345	59,506	57,542
Wein						
Nr. 25. f. d. T.:	259,167	252,255	244,873	240,795	315,235	378,055
Taback						
Nr. 25. v. 1. u. v. 2. $\alpha$ . d. T.:	338,929	310,360	421,947	594,183	636,457	637,842
Cigarren						
Nr. 25. v. 2. $\beta$ . d. T.:	23,777	31,258	10,109	11,262	12,080	11,163
Zucker und Syrup						
Nr. 25 u. und x. d. Tarifs, auf Rohzucker reducirt:	1,413,836	1,054,730	934,052	107,739	284,554	128,903
Seidene u. halbseid. Waaren, auch gefärbte Seide						
Nr. 30. b. c. d. des Tar.:	7,934	7,286	9,289	10,629	10,398	8,751
Einfaches und ungefärbtes du-blirtes Wollengarn						
Nr. 41. b. 1. des Tarifs:	40,003	53,328	93,154	133,169	222,102	178,305
Anderes Wollengarn						
Nr. 41. b. 2. des Tarifs:	8,321	11,500	16,420	14,604	16,611	17,619
Wollene Waaren						
Nr. 41. c. des Tarifs:	37,620	16,512	21,757	29,463	41,112	38,299

Während der Import der angeführten Artikel sich in dieser beschränkten Weise entwickelte, ja bei mehreren der allerwichtigsten Gegenstände, wie rohes Baumwollengarn, Schmiedeeisen, Zucker, Cigarren geradezu zurückging, vermehrte sich die Bevölkerung des Zollvereins um reichlich 7 Millionen. Denn es ergaben die Zählungen von:

1846	1849	1855	1861	1864
29,461,381	29,800,063	32,721,344	34,670,277	35,887,022.

Schon die Zeit von 1846—1864 umfasst also eine Vermehrung von fast  $6\frac{1}{2}$  Million; die bei der Einfuhr in Betracht gezogene Periode von 1845—1866 gewiss einen Zuwachs von 7 Millionen. Dabei sind in dieser Periode bedeutende Küstenländer dem Zollvereine neu beigetreten, welche ihre meisten Bedürfnisse bei ungestörtem Walten der natürlichen Verhältnisse billiger und besser über See beziehen würden als aus den Industriebezirken des Zollvereins. Wenn also trotzdem der Import der wichtigsten Artikel im Zollvereine stationär geblieben, ja zum Theil zurück-



gegangen ist, so kann es keinem Zweifel unterliegen, dass der Einfuhr-Tarif des Zollvereins entschieden protectionistisch wirkt.

Noch viel evidenter stellt sich dies heraus, wenn man nicht bloss die Einfuhr im Vergleiche zur Bevölkerung betrachtet, sondern auch die inländische Consumption und Production damit vergleicht. Während z. B. der Import von rohem ein- und zweidrähtigen Baumwollengarn, wie oben angeführt, in den Jahren 1845—1866 von mehr als  $\frac{1}{2}$  Million Centner auf weniger als  $\frac{1}{4}$  Million jährlich gefallen ist, berechnet sich der Verbrauch dieses Artikels im Zollvereine jetzt auf mehr als 1,300,000 Centner jährlich\*). Pro Kopf der Bevölkerung stieg der Verbrauch solchen Garnes im Zollvereine von etwa  $2\frac{1}{4}$  Pfd. im Jahre 1845 auf fast 4 Pfd. im Jahre 1861, die zollvereinsländische Production von etwa  $\frac{1}{4}$  Million Ctr. im Jahre 1845 auf fast  $1\frac{1}{4}$  Million Centner anno 1861. Erst neben diesen Zahlen gewinnt der von  $\frac{1}{2}$  auf  $\frac{1}{4}$  Million Centner zurückgehende Import seine wahre Bedeutung. Er kennzeichnet den Zoll für rohes ein- und zweidrähtiges Baumwollengarn als einen entschiedenen Schutzzoll.

Noch anders wirken die Zölle für baumwollene Waaren. Der Verbrauch derselben im Zollvereine wird berechnet

im Durchschnitt der Jahre 1846—1850 auf jährlich 463,677 Centner,				
-	-	-	1851—1855	543,819
-	-	-	1856—1861	827,323

Die zollvereinsländische Fabrikation ist noch stärker; denn der Zollverein exportirt bedeutende Quantitäten von Baumwollen-Waaren. Die Fabrication im Zollverein berechnet sich

im Durchschnitt der Jahre 1846—1850 auf jährlich 547,503 Centner,				
-	-	-	1851—1855	699,263
-	-	-	1856—1861	999,749

Stellt man hieneben die Einfuhr an fremden baumwollenen Waaren von nicht voll 9,500 Ctr. im Jahre 1845 allmählig noch sinkend und dann bis zum Jahre 1866 noch nicht voll auf 13,000 Ctr. steigend, so erscheinen die Zölle auf Baumwollen-Waaren fast prohibitiv.

Beim Roheisen steht der Einfuhr von jährlich  $2\frac{1}{4}$  bis  $3\frac{1}{2}$  Millionen Centner eine inländische Production gegenüber, die 1864 schon 16,162,897 Ctr., 1866 gegen 19 Millionen Centner erreicht hat. An Schmiede-Eisen, gewalztem Eisen, Stahl, Eisenblech und Drath und Eisenbahnschienen, wo die Einfuhr von über 1 Million Centner im Jahre 1845 auf 228,690 in 1865 und 364,056 in 1866 zurückgegangen ist, betrug die Production im Zollvereine 1864 schon 12,801,235 Ctr. Bei Eisen- und Stahlwaaren ist der Import im Vergleiche zur inländischen Production vollends unerheblich; denn während ersterer zwischen 100,000 bis  $\frac{1}{4}$  Million Centner jährlich schwankt, betrug an ganz groben Gusswaaren allein 1864 die Production im Zollvereine fast 5 Millionen Centner.

Selbst an Taback ist die Production des Zollvereins etwas stärker als der Import. Es sind 1866 im Zollvereine 663,418 Ctr. Taback gewonnen worden, in einzelnen früheren Jahren sogar noch mehr; während der stärkste Jahresimport an rohem, fabricirtem Taback und Cigarren nur 649,000 Ctr. betrug.

Die Wirkung der Zuckerzölle und Zuckersteuern ist bekannt. In den Jahren 1845—1865 haben sie die jährliche Einfuhr fremder Zucker und Syrupe (alles auf Rohzucker reducirt) von 1,413,836 Ctr. auf 284,554 Ctr. herabgedrückt, die Production von inländischem Rübenzucker dagegen von 296,724 auf 3,683,744 Ctr. gesteigert.

Die Einfuhr von seidenen und halbseidenen Waaren ist ziemlich constant 7 bis 10,000 Ctr. geblieben, wovon die rein seidenen Waaren über die Hälfte ausmachen. Die Einfuhr von roher Seide, welche die Industrie des Zollvereins verarbeitet, hat sich dagegen von 1845 bis 1864 fast verdoppelt, nämlich von 13,647 auf 24,542 Ctr. vergrößert. Auch die Zölle auf Seidenwaaren haben also wesentlich protectionistische Wirkung.

Für die Beurtheilung der Zölle auf Wollengarn und wollene Waaren und zur Vergleichung mit den vorhin angeführten Importen möge es genügen, dass der jährliche Verbrauch des Zollvereins an roher Wolle auf 960,500 Ctr., die jährliche Wollengarn-Production, abgesehen von Handgespinnsten, auf 837,400 Ctr. geschätzt wird; Zahlen, neben denen, abgesehen von rohem Wollengarn, die Importen ganz verschwinden.

Will man sich die Wirkungen recht klar machen, welche der im Zollvereins-Tarife liegende Zollschatz auf die Einfuhr aller Gegenstände ausgeübt hat, die nur irgend im Zollvereine hergestellt werden können, so muss man die Entwicklung des Importes derjenigen Artikel dagegen halten, bei welchen dies nicht der Fall ist, also hauptsächlich der eigentlichen Colonialwaaren. Es sind eingeführt:

\*) Die angeführten Zahlen sind dem auf amtlichen Quellen beruhenden preussischen Handelsarchiv oder der aus gleichen Quellen geschöpften „Statistik des Verkehrs und Verbrauchs im Zollverein von Bienengräber“ entnommen.



	1845.	1850.	1855.	1860.	1865.	1866.
	Ctr.	Ctr.	Ctr.	Ctr.	Ctr.	Ctr.
Kaffee	826,673	733,746	1,224,678	1,309,277	1,454,512	1,480,415,
Cacao	9,780	10,235	17,214	16,667	20,048	21,137,
Gewürze	55,996	48,662	50,699	64,341	79,554	64,459,
Südfrüchte	178,102	173,722	166,042	219,776	292,719	302,781,
Reis	200,475	217,626	607,999	629,306	615,411	636,632,
Thee	4,275	7,494	47,571	24,510	14,724	13,568.

Dies und die übrigen Positionen der Nro. 25 des Zolltarifes (Colonial- und Materialwaaren) sind die eigentlichen Finanzzölle des Zollvereins, d. h. diejenigen, welche für die Staatsfinanzen überhaupt den wesentlichsten Ertrag ergeben und Alles, was sie den Consumenten kosten, wenigstens als Brutto-Ertrag auch wirklich in die Staatskassen abliefern.

Es haben brutto eingetragen:

	1866	1865	1860
die Zölle überhaupt	21,346,751 Rtl.	23,991,085 Rtl.	24,102,243 Rtl.
der Zoll auf Kaffee	7,402,075	7,272,560	6,546,385
- Wein	1,512,220	1,458,678	1,410,070
- Südfrüchte	1,003,595	1,017,367	769,638
- Gewürze	419,483	517,101	418,216
- Cacao	137,390	130,292	108,335
- Heringe	411,259	424,114	352,041
- Reis	636,594	615,152	628,990
- Thee	108,544	117,792	196,080
- Taback	2,830,385	2,846,388	2,660,101
- Syrup	223,110	253,260	214,856
- Zucker	412,407	1,042,939	538,695

Ertrag der Zölle auf obige Consumtionsartikel zusammen . 15,097,062 Rtl. 15,695,643 Rtl. 13,843,407 Rtl.

Es bleibt mithin für alle übrigen hier nicht aufgeführten Zölle

nur ein Ertrag übrig von . . 6,249,689 Rtl. 8,295,442 Rtl. 10,258,836 Rtl.

Die Ursache dieses geringen und in fortschreitender Abnahme begriffenen Ertrages aller Zölle ausser den Zöllen auf Consumtionsartikel ist offenbar. Sie sind eben weit mehr Schutzzölle als Finanzzölle, und der Zollschatz, welchen sie fast allen Industriezweigen des Zollvereins gewähren, hält die Einfuhr ausländischer Fabricate und Producte so sehr zurück, dass auch der finanzielle Ertrag dieser Zölle immer weiter sinken muss. Dies ist denn auch in einem so hohen Grade geschehen, dass selbst der zunehmende Ertrag der Consumtionszölle die beständig zunehmende Sterilität der Schutzzölle nicht mehr ausgleichen kann, sondern der gesammte Zollertrag pro Kopf der Bevölkerung fortwährend gesunken ist. Im Jahre 1856 betrug derselbe 24 Sgr., 1864 nur noch wenig über 21 Sgr. Vom Jahre 1858 ab, wo er seinen höchsten Stand erreichte, gestaltete sich der Brutto-Ertrag der Zolleinnahmen folgendermaassen:

1858: 28,607,499 Rtl., 1859: 23,757,542 Rtl., 1860: 24,102,243 Rtl., 1861: 24,903,711 Rtl., 1862: 25,846,427 Rtl., 1863: 25,741,164 Rtl., 1864: 24,532,341 Rtl., 1865: 24,991,085 Rtl., 1866: 21,346,751 Rtl.

Wollte man vollends die nicht auf Consumtionsartikel gelegten Zölle für sich allein berechnen, so würde die Abnahme ihres finanziellen Ertrages für die Staatskassen noch viel auffallender hervortreten.

Mit dieser stets abnehmenden Revenue für den Staat aus der weit überwiegenden Zahl der Tarifpositionen ist aber keineswegs eine entsprechende Entlastung der zollzahlenden Bevölkerung verbunden. Die Ausfälle im Ertrage der Tarifpositionen des Zollvereins rühren keineswegs wie in England daher, dass eine immer wachsende Zahl von Einfuhrartikeln von Zöllen befreit ist, sie beruhen darauf, dass bei sehr bescheidenen Zollbefreiungen und Zollermässigungen der noch fortdauernde Zollschatz den innern Verbrauch immer überwiegender den inländischen Producten und Fabricaten zudrängte, die Einfuhr ausländischer Waaren aber zu keiner der Zunahme der Bevölkerung und des Wohlstandes entsprechenden Entwicklung kommen liess. Die Belastung der Bevölkerung ist also nicht wesentlich gemindert, aber der Antheil des Staates an dem Ertrage derselben nimmt fortwährend ab. Es wäre keineswegs unmöglich, die Summen ziemlich genau zu berechnen, welche die Bevölkerung des Zollvereins in Folge des Zollschatzes der inländischen Industrie bisher jährlich hat entrichten müssen. Es ist nur für die dazu nöthigen umfassenden Recherchen und mühevollen Berechnungen hier keine Zeit. Man geht aber sicherlich nicht zu weit, wenn man behauptet, dass der Tribut der Bevölkerung an die Zollvereins-Industrie sich im Ganzen noch höher beläuft, als der Zollertrag aller derjenigen Einfuhr-Artikel, welche auch im Zollvereine producirt oder fabricirt werden. Bei einzelnen solcher Artikel ist die Abgabe an die Industrie



allerdings nicht so hoch als die Zollabgabe an den Staat; bei Taback z. B. wird der jährliche Tribut an die inländischen Producenten und Fabrikanten nach den bisherigen Zoll- und Steuersätzen auf ca.  $1\frac{1}{2}$  Millionen berechnet, während die bisherigen Zölle für ausländischen Taback fast 3 Millionen eingetragen haben. Dies gleicht sich aber durch das umgekehrte Verhältniss bei andern Artikeln aus. Für Eisen z. B. beträgt bei den bisherigen Zollsätzen von  $7\frac{1}{2}$  Sgr. für Roheisen, 12 Sgr. für ganz grobe Gusswaaren, 25 Sgr. für Schmiedeeisen die Vertheuerung pro Ctr. durchschnittlich gewiss mehr als 10 Sgr., die Belastung pro Kopf bei einem durchschnittlichen Verbräuche von mehr als  $\frac{1}{2}$  Ctr. mehr als 5 Sgr., die Gesamtbelastung der Zollvereinsbevölkerung also jährlich 6 Millionen, wovon kaum  $\frac{1}{4}$  in die Staatskassen fliesst, über  $\frac{3}{4}$  der Industrie entrichtet werden. Bei Zucker beträgt die Differenz zwischen Zuckerzoll und Rübensteuer, welche die Bevölkerung zu Gunsten der Rübenindustrie tragen muss, pro Ctr.  $27\frac{3}{4}$  Sgr., der Verbrauch im Zollvereine pro Kopf nach den mässigsten Schätzungen  $9\frac{1}{10}$  Pfd., der Betrag, welchen die Zollvereinsbevölkerung ausser den Staatsabgaben an die Rüben-Industrie zu entrichten hat, also jährlich circa 3 Millionen.

Das Schutzsystem begründet in seinen Wirkungen offenbar Subventionen von einem sonst unerhörten Umfange. Allerdings haben Schutzzölle vor den früheren directen Staatssubventionen den Vorzug, dass sie nicht einzelnen bevorzugten Unternehmungen, sondern ganzen Industriezweigen gleichmässig zu Gute kommen. Dagegen sind sie gefährlicher, weil sie mehr versteckt sind, und weil sie nicht aus Staatskassen, an deren sparsamer Verwaltung die Staatsgewalten näheres Interesse haben, sondern aus den Taschen der Consumenten gewährt werden. Die Grösse der aus ihnen resultirenden Zuschüsse geht vollends weit über den höchsten Betrag hinaus, den je directe Staatssubventionen erreicht haben. Welch' nachtheiligen Einfluss dieses System auf die Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes und namentlich auf die Vertheilung desselben unter den mehr oder weniger zur Industrie geeigneten Gegenden ausüben, wie sehr es den Seehandel und alle vorwiegend auf ihn angewiesenen Districte in ihrer natürlichen Entwicklung zurückhalten muss, ist jetzt allgemein anerkannt und auch in den Vorlagen der hohen Bundesbehörden oder wenigstens in den denselben beigefügten Motivirungen unumwunden ausgesprochen. Man weiss jetzt, dass die Blüthe unserer Industrie-Bezirke, wie hohen Werth man auch auf sie legen mag, um einen doch vielleicht zu theuern Preis erlangt ist. Man entdeckt, dass neben der scheinbar immer günstigeren Handelsbalance gegen das Ausland, eine immer bedenklichere Gestaltung der gegenseitigen Bilancen zwischen den verschiedenen Theilen des einheimischen Wirthschaftsgebietes Platz greift. Und nachdem England mit mächtigen Schritten auf der Bahn des Freihandels vorangegangen ist, nachdem ein System von Handelsverträgen die meisten europäischen Staaten zur Einschlagung ähnlicher Wege verpflichtet hat, darf man wol behaupten, dass im civilisirten Europa das Urtheil über das Schutzzollsystem gesprochen ist.

## II.

Es fragt sich nur, wie weit bei uns der veränderten Theorie auch bereits eine veränderte Praxis gefolgt, wie weit den erkannten Uebelständen bereits Abhilfe gewährt ist oder doch in den Vorlagen für das hohe Zollparlament in Aussicht gestellt wird?

Der in den Handelsverträgen enthaltene Bruch mit dem Schutzsysteme äusserte seine erste practische Wirkung in dem Tarife, welcher seit dem 1. Juli 1865 im Zollvereine in Geltung ist. Wenn man sich der eben angestellten Erörterungen über die mangelhafte Entwicklung der Einfuhr und den abnehmenden Ertrag der Zölle erinnert, die bis über die Zeit nach Abschluss der Handelsverträge und nach Eintritt des neuen Tarifes hinausgehen, so wird man sich von vornherein sagen müssen, dass diese Verträge unmöglich schon eine effective Beseitigung des Schutzsystemes enthalten haben können. Die Handelsverträge bilden einen allerdings unwiderruflichen Absagebrief an das Schutz- wie an das Differentialzollsystem. Deshalb sind sie von den Schutzzoll-Interessenten wie von denjenigen, welche auch die wirthschaftlichen Fragen nach politischen Sympathieen und Antipathieen entscheiden wollen, bitter angefeindet worden. Vermöge dieser prinzipiellen Bedeutung werden die Handelsverträge immer einen wichtigen Wendepunkt in der Entwicklung des Zollvereins bezeichnen. Ebenso unzweifelhaft ergiebt ihre nähere Betrachtung aber, dass sie thatsächlich das bestehende Schutzsystem erst in sehr beschränkter Masse gemildert, es aber fast noch in keinem Punkte beseitigt haben.

Bekanntlich bestanden die aus den Handelsverträgen hervorgegangenen Tarifänderungen einmal in Zollbefreiung gewisser zum Lebensbedarf oder zum Gewerbebetriebe unentbehrlicher Rohproducte. Die Zölle auf Blei und Kupfer, auf gewisse Drogen und rohe Erzeugnisse zum Gewerbegebrauche, auf Flachs, Hanf, Getreide, Holz, rohe Seide, Talg, Theer, Steinkohlen wurden aufgehoben. Unmöglich kann hierin eine einschneidende Beeinträchtigung des bisherigen Zollschutzes gefunden werden. Theils waren die betreffenden Zölle immer zu niedrig gewesen, um einen sehr wirksamen Schutz zu gewähren; Steinkohlen z. B. wurden auch während ihrer Zoll-



pflichtigkeit von den Seegegenden meist aus England bezogen. Theils war für die landwirthschaftlichen Producte, welche hauptsächlich vom Zoll befreit wurden, niemals ein Schutz verlangt worden. Die deutschen Agrikultur-Districte haben die Industrie-Bezirke niemals zwingen wollen, ihnen ihre Erzeugnisse zu höheren Preisen als denen des Weltmarktes abzukaufen. Im Gegentheile sind sie die ersten gewesen, welche im Zollvereine die Aufhebung der Getreidezölle verlangten. Sodann haben die bisherigen Handelsverträge allerdings auch eine beträchtliche Zahl von Zollermässigungen gebracht. Aber diese Reductionen, obwol für manche Artikel scheinbar nicht unbedeutend, liessen mit wenigen Ausnahmen doch noch einen sehr bedeutenden Zollschatz bestehen. Sie konnten daher, wenn man die nächsten Jahre vor und nach ihrem Eintritte, d. h. die Jahre 1864 und 1866 mit einander vergleicht, die Einfuhr auch nicht so steigern, um die Zollverminderung aufzuwiegen. Die meisten dieser Zollherabsetzungen ergaben Ausfälle, während die wenigen Ausnahmen, welche bis zur wirksamen Beseitigung des Zollschatzes gingen, durch vermehrte Einfuhr auch finanzielle Mehrerträge lieferten. Eisen, das tägliche Brot jedes Gewerbes, und mit Steinkohlen das unentbehrlichste Hilfsmittel wirthschaftlicher Entwicklung, blieb in allen seinen verschiedenen Arten dem Schutzsysteme unterworfen. Roheisen, das wichtigste, ist auch das einzige Rohproduct, dessen Einfuhr leider noch einem Zolle unterliegt. Und dieser Zoll, ob schon um  $\frac{1}{4}$  seines früheren Betrages gemindert, blieb doch noch auf  $7\frac{1}{2}$  Sgr. pro Ctr., d. h. auf der Höhe eines sehr wirksamen Schutzzolles, denn in Glasgow kostete 1866 der Centner Roheisen nur 27 Sgr.! Wenn diese Zollermässigung sich nicht ganz unwirksam erwies, so beruht dies darauf, dass der Zollverein trotz alles Schutzes noch nie so viel Roheisen hat produciren können, als er selbst bedarf. Er muss immer einen ansehnlichen Mehrbedarf importiren; denn der Verbrauch stellte sich im Jahre 1864 auf 52, 2 Pfd. pro Kopf der Bevölkerung, während die gesammte eigene Production des Zollvereins wenig über 46 Pfd. für jeden Kopf ergab. Unter diesen Umständen muss jede, auch noch so ungenügende Zollermässigung dieses Haupt-Artikels die Einfuhr desselben steigern, und Zollbefreiung würde dies in einer ungeheuren Masse thun, ohne deshalb das inländische Eisen entbehrlich zu machen. Denn der Eisenverbrauch ist im Zollverein noch der allergrössten Steigerung fähig. Selbst in Frankreich wird er auf 68 Pfd., in den vereinigten Staaten auf 92 Pfd., in Belgien auf 100 Pfd., in England auf 154 Pfd. pro Kopf geschätzt. Es will also wenig besagen, wenn in Folge einer Herabsetzung des Roheisenzolles, die seinen protectionistischen Charakter unverändert liess, die Einfuhr im Zollvereine von 2,207,901 Ctr. im Jahre 1864 auf 2,779,282 Ctr. im Jahre 1866 stieg. Eben weil die Zollerleichterung ungenügend, war ihr finanzielles Resultat ein Zollausschlag von mehr als 40,000 Thlr. Ganz grobe Gusswaaren wurden von 1 Thlr. auf 12 Sgr. herabgesetzt, aber noch entschiedener als bei Roheisen repräsentirt bei diesem Artikel auch der letztere Satz noch einen wirksamen Schutzzoll. Das Resultat war eine Einfuhr von 139,143 Ctr. im Jahre 1866 gegen 262,029 Ctr. in 1864 d. h. eine weitere Verdrängung der fremden Waare durch das inländische Fabricat. Ebenso unbefriedigende Ergebnisse haben die bisherigen Herabsetzungen aller übrigen Eisenzölle gehabt. Obwol sie von 1 Thlr. 15 Sgr. auf 25 Sgr., von 3 Thlr. auf 1 Thlr. 5 Sgr., von 4 Thlr. auf  $2\frac{1}{2}$  Thlr., von 6 Thlr. auf  $2\frac{2}{3}$  und  $1\frac{1}{3}$  Thlr., von 10 Thlr. theilweise auf 4 Thlr. herabgingen, zeigte die Einfuhr doch nur eine ungenügende Zunahme, theilweise absolute Abnahme.

Aehnlich verhielt es sich mit der Ermässigung der Zölle für Baumwollengarn und baumwollene Waaren. Der Zoll für ein- und zweidrähtiges rohes Baumwollengarn wurde von 3 auf 2 Thlr. herabgesetzt, und die Einfuhr stieg von 133,637 Ctr. im Jahre 1864 auf 247,744 Ctr. im Jahre 1866. Allein einmal wirkte hierauf die Wiedererstarkung der gesammten Baumwollenbranche nach Beendigung des americanischen Bürgerkrieges. Sodann ist zu berücksichtigen, dass auch bei rohem Baumwollengarn trotz hohen Zollschatzes oder vielleicht gerade in Folge desselben, die Zollvereins-Industrie den Bedarf des Zollvereins nie vollständig befriedigt hat. Da der Zoll für alle Nummern rohen ein- und zweidrähtigen Garnes gleich ist, die gröberen Nummern aber einen bedeutend geringeren Werth haben, ist es für die vereinsländischen Spinnereien ungleich vortheilhafter, nur niedere und mittlere Garnnummern zu liefern, vorwiegend No. 12, 20, 30, 40 bis höchstens 60, für welche der Zollschatz im Vergleiche zu ihrem Werthe bedeutend höher ist; auf die weniger geschützten höheren Nummern sich dagegen fast garnicht einzulassen. Da aber auch diese von den Webereien unumgänglich gebraucht werden, kann ihre Einfuhr nicht ausbleiben und muss sich bei namhafter Herabsetzung des Zolles erheblich vermehren. Die Zunahme der Einfuhr an rohem ein- und zweidrähtigem Baumwollengarn hat daher die Verringerung dieses Zollsatzes nicht bloss ausgeglichen, sondern eine Mehreinnahme von 94,000 Thlr. ergeben. Die Herabsetzung aller übrigen Baumwollenzölle hat dagegen, obwol sie scheinbar grösser war als bei rohem Baumwollengarn, noch einen so beträchtlichen Zollschatz übrig gelassen, dass die geringe Zunahme der Einfuhr die Zollreduction nicht hat übertragen können, sondern trotz der Steigerung des Baumwollengeschäftes überhaupt Zollausschläge entstanden sind.

Ebenso verhält es sich mit den Zöllen auf Wollengarn und wollenen Waaren. Gefärbtes oder drei- und mehrfach gezwirntes Garn stieg trotz Herabsetzung des Zolles von 8 auf 4 Thlr. im Betrage der Einfuhr nur von 14,210 Ctr. auf 17,619, was die Zollminderung nicht deckte;



wollene Waaren bei einer Herabsetzung von 50, 30 und 20 auf 30, 25, 20, 10 Thlr. nur von 29,804 Ctr. auf 38,299, was ebenso unzureichend war. Gefärbte Seide, seidene und halbseidene Waaren zeigten sogar trotz scheinbar sehr erheblicher Zollreductionen (von 8 auf 4, von 110 auf 40, von 55 auf 30 Thlr.) absoluten Rückgang in der Einfuhr, nämlich von 2,680 auf 1,974 Ctr., von 5,496 auf 3,823 und von 2,970 auf 2,954. Nur bei Consumtibilien, die bedeutende Zollerleichterungen erfuhren, trat namhafte Zunahme des Importes und Einnahme-Ueberschuss ein; so bei Wein, der von 6 Thlr. (Flaschenwein 8 Thlr.) auf 4 Thlr. herabgesetzt wurde, von 219,651 Ctr. im Jahre 1864 auf 378,055 in 1866; und bei Butter, die von  $3\frac{2}{3}$  auf  $1\frac{1}{3}$  Thlr. erleichtert wurde, von 2,874 Ctr. auf 50,288 Ctr. Wein ergab dadurch einen Einnahme - Ueberschuss von mehr als 100,000 Thlr., Butter mehr als 50,000 Thlr. Im Ganzen brachte das Jahr 1866 verglichen mit 1864 aber einen Ausfall von mehr als 3 Millionen in den Zolleinnahmen. Ein so bedeutendes Manco lässt sich keineswegs durch den kurzen Krieg von 1866 erklären. Es beruht überwiegend gerade auf der Unzulänglichkeit der meisten damaligen Tarif - Ermässigungen.

Die Handelsverträge des Zollvereins bis zum Jahre 1866 bildeten daher nur das Programm, nur die Basis einer künftigen Tarifierform, hinter die allerdings nie mehr zurückgegangen werden kann, und die in diesem Sinne hohen Werth hat. Sie enthalten aber noch keineswegs auch nur die ersten durchgreifenden Schritte zum wirklichen Uebergange vom Schutzzollsysteme zu reinen Finanzzöllen, sondern höchstens eine sehr vorsichtige Einleitung dieses Ueberganges.

Auch die Tarifiermässigungen des neuesten Handelsvertrages mit Oesterreich tragen mit wenigen, eigentlich mit nur einer Ausnahme denselben Character der äussersten Vorsicht, der Scheu vor durchgreifender Beseitigung des Zollschatzes für irgend einen wichtigen Industriezweig. Die einzige bedeutende und wirksame Herabsetzung, die des Leinen - Maschinengarns von 2 Thlr. auf  $\frac{1}{2}$  Thlr., wird allerdings der Leinen - Spinnerei nicht erwünscht, der im Zollverein weit wichtigeren Leinen - Weberei aber desto erwünschter sein. Im Jahre 1861 waren im Zollverein bei der Flachs-, Hanf- und Werg-Spinnerei 134,492 Spindeln im Gange, welche 9,165 Menschen beschäftigten, während 120,229 gewerbsweise gehende Webestühle 127,645 Menschen ausschliesslich beschäftigten, woneben noch an 370,970 Webestühlen die Leinenweberei als Nebengewerbe betrieben wurde. — Die weitere Herabsetzung des Weinzolles von 4 auf  $2\frac{2}{3}$  Thlr. kann gegen die nur um diesen Preis zu erlangende Ermöglichung des Eintrittes Mecklenburgs in den Zollverein kaum in Anschlag kommen, zumal inzwischen der inländische Weinbau durch Aufhebung der Uebergangsabgabe erleichtert ist, und die Ermässigung resp. Aufhebung der particularen Weinsteuern den einzelnen Zollvereinsstaaten vollkommen freisteht. Die Herabsetzung des Roheisenzolles von  $7\frac{1}{2}$  auf 5 Sgr. endlich lässt immer noch einen sehr respectablen Zollschatz übrig. Denn wenn 1866 im Zollverein der Centner Roheisen am Ursprungsorte inclusive der Wertherhöhung durch den bisherigen Zoll auf  $1\frac{1}{4}$  Thlr., also ohne diesen Zoll auf 1 Thlr. geschätzt wurde was schon sehr hoch ist, so bilden 5 Sgr. immer noch einen Zoll von  $16\frac{2}{3}$  pCt. des Werthes. Die übrigen Zollermässigungen des Handelsvertrages mit Oesterreich (Hopfen von  $2\frac{1}{2}$  auf  $1\frac{2}{3}$  Thlr., musikalische Instrumente von 4 auf 2 Thlr., Kautschuckwaaren von 10, resp. 25 auf 7, respective 15 Thlr., Handschuhleder von  $6\frac{2}{3}$  auf 5 Thlr., Korduanwaaren von 10 auf 7 Thlr., Hefe von 11 auf 7 Thlr. u. dergl.) sowie die Zollbefreiungen für Eisenvitriol, getrocknete Cichorien, Nudeln, Borsten, Pferde flössen wol selbst dem eifrigsten Schutzzöllner keine Bedenken ein.

Trotz dieser ihrer Unzulänglichkeit müssen die Tarifiermässigungen des neuesten Handelsvertrages als dankenswerthe, wenn auch bescheidene Fortschritte natürlich bestens acceptirt werden, zumal der Vertrag sie der Bevölkerung ohne anderseitige Opfer, ohne Erhöhung irgend eines Zolles oder einer indirecten Steuer darbietet. Niemand zweifelt daher, dass das hohe Zollparlament den Vertrag in der Schlussberathung mit derselben immensen Majorität annehmen wird als in der Vorberathung. Anders verhält es sich mit den übrigen Tarif-, Zoll- und Steuervorlagen des hohen Zoll-Bundesrathes. Mit ihnen wenn auch zugleich mit für die von dem Handelsvertrage mit Oesterreich zu erwartenden Ausfälle werden bedeutende und sehr in's Gewicht fallende Aequivalente verlangt. Hier ist also sorgsame Erwägung durchaus nothwendig, ob das, was ausser dem Handelsvertrage mit Oesterreich an Zollerleichterungen dargeboten wird, auch den dafür verlangten Preis werth ist?

Diese Frage ist bei der jetzigen Gestalt der Vorlagen unbedenklich zu verneinen. Im Wesentlichen bezweckt die Vorlage, betreffend die Abänderung des Vereins-Zolltarifes, nichts anderes als eine Vereinfachung desselben, von der man sich nur wundern muss, dass sie nicht schon längst erfolgt ist. Positionen, die einen zum Theil lächerlich winzigen finanziellen Ertrag ergeben, Unterabtheilungen, welche selbst für das Schutzzollsystem keine practische Bedeutung haben, sondern mehr zur theoretischen Vollendung desselben, zur Durchführung eines vollständigen Classifications-Systems eingeführt sind, sollen beseitigt werden. Was in dem ursprünglichen Entwurfe etwa noch einigermaßen über dieses Ziel hinausging, scheint aus der Fassung, in welcher die Vorlage an das hohe Zollparlament gelangt ist, vollends beseitigt zu sein. Von eingreifender Minderung irgend eines wichtigen Schutzzolles, von entscheidenden Schritten zum Uebergange in ein reines Finanzzollsystem ist also bei dieser Vorlage noch viel weniger die Rede als beim Han-



Handelsverträge mit Oesterreich. Der rechnungsmässige Ausfall aller Streichungen und Herabsetzungen dieser Vorlage stellt sich nur auf 274,721 Thlr., während er für den Vertrag mit Oesterreich auf 1,253,174 Thlr. berechnet wird. Hiebei ist von vorn herein zu erinnern, dass Zollbefreiungen, wenn man die von ihnen betroffenen Tarif-Positionen allein betrachtet, zwar den rechnungsmässigen Ausfall nach sich ziehen, Zollherabsetzungen aber, wenn sie nicht ganz ungenügend sind, niemals auch nur annähernd den wirklichen Eintritt der berechneten Mindereinnahme zur Folge haben. Die Regierungs-Vorlage selbst erkennt dies in gewissem Maasse an, zieht aber trotzdem die Bilanz nach den vollen rechnungsmässigen Mindereinnahmen. Wenn sie bei einer derartigen Berechnung von dem Ertrage der verlangten Aequivalente dennoch einen Ueberschuss von mehr als 600,000 Thlr. über die angeblich zu befürchtenden Einnahme-Ausfälle zugestehen muss, so ist es wol zweifellos, dass die Zollvereinskassen in Wirklichkeit von den Vorlagen bald einige Millionen Mehreinnahme erhalten würden. Es kann daher im hohen Zollparlamente wol nicht ernstlich davon die Rede sein, den Gesamt-Connex aller Tarifvorlagen pure und unverändert anzunehmen.

Keine geringere Täuschung würden aber die allgemeinen Hoffnungen erfahren, wenn die erste Zusammenkunft des hohen deutschen Zollparlamentes ausser der unzweifelhaften Sanction des Handelsvertrages mit Oesterreich nur negative Resultate haben sollte. Mögen entgegengesetzte politische Extreme sich in dem Wunsche begegnen, den Parlamentarismus durch sich selbst zu discreditiren: die weit überwiegende Mehrheit aller Klassen der Nation verwirft beide Extreme; die materiellen Interessen vertragen derartige Experimente nicht, und das hohe deutsche Zollparlament selbst wird gewiss am wenigsten dazu mitwirken wollen, seinem ersten Zusammentritte den Character möglicher Bedeutungslosigkeit aufzudrücken. Die Umgestaltung des Zollvereins in einen Organismus mit Bundesrath und Parlament muss eine neue Epoche in der Tarif- und Handelspolitik des Zollvereins bezeichnen. Umwandlung in schutzzöllnerischem Sinne ist absolut unmöglich, das werden selbst die eifrigsten Schutzzoll-Interessenten anerkennen. Es kann sich nur darum handeln, dem Uebergange zu Finanzzöllen, der durch die Handelsverträge bereits unwiderruflich ausgesprochen, bisher aber eben nur Ergebniss äusserer Veranlassungen gewesen ist, von jetzt ab festen Gang, entschiedene Durchführung und ein bestimmtes Ziel zu sichern. Hiefür schon bei seinem ersten Zusammentritte die nächsten dringenden Schritte festzustellen, gebietet dem hohen Zollparlamente die Pflicht der moralischen Selbsterhaltung. Bleibt diese erste Gelegenheit unbenutzt, so vermag Niemand die Wiederkehr derselben sicher zu verbürgen. Dem Zollparlamente fehlt die Periodicität. Selbst der mächtigste politische Wille vermag den Termin seines Wiederausammentrittes nicht vorauszubestimmen; denn die speciellen Wandlungen der allgemeinen Politik sind absolut unberechenbar.

Muss nach dem Vorhergehenden die weitere Reform des Zollvereins-Tarifes als ein auf die Dauer unabweisbares Bedürfniss, der Zusammentritt des ersten deutschen Zollparlamentes als die um keinen Preis zu versäumende Gelegenheit anerkannt werden, diese Reform in entschiedenem Gang zu bringen, so kann es keine Schwierigkeit haben, die nächsten, dringenden Schritte aufzufinden, demnächst die weitere, kaum minder nöthige Entwicklung darzustellen und endlich auch das wenn auch ferne und in seinen Einzelheiten noch unbestimmte Ziel, auf welches die ganze Reform hinausgeht, doch in seinem allgemeinen Character vollständig klar zu stellen. Ob es dem hohen Zollparlamente gelingt, die Reform sofort practisch über die in den Regierungsvorlagen gezogenen Grenzlinien weiter zu fördern, darf zunächst nicht in Betracht kommen. Wenn das Zollparlament auf diesem Gebiete bedeutungsvolle Beschlüsse fasst, gewinnt es auch selbst die Bedeutung, welche seinem hohen Berufe entspricht. Dann wird sein Votum nicht lange ohne practische Wirkung bleiben. Die eine sehr wesentliche Wirkung aber tritt sofort und unausbleiblich ein, dass die deutsche Industrie sich endlich darüber klar wird, auf eine wenn auch allmälige, so doch bis zu endlicher Beseitigung jeglichen Zollschatzes fortschreitende Tarifreform nicht bloss in der Theorie, sondern auch in der Praxis gefasst sein zu müssen.

### III.

Der Haupt- und Ausgangspunkt jeder gründlichen Tarifumwandlung des Zollvereins muss eine durchgehende **Reform der Eisenzölle** sein. In welchem Grade die Bevölkerung des Zollvereins durch die bisherigen, und kaum minder durch die im Handelsvertrage mit Oesterreich beibehaltenen Eisenzölle zu Gunsten der vereinsländischen Eisenindustrie in Contribution gesetzt wird, ist bereits auseinandergesetzt. Aber noch viel nachtheiliger als diese directe Contribution ist die mittelbare Zurückhaltung in jedem gewerblichen Fortschritte, welche durch die künstliche Vertheuerung des Eisens und die Beschränkung seines Gebrauchs über die ganze Nation verhängt wird. Eine geringfügige Herabsetzung des Roheisenzolles allein, kann hieran gar nichts ändern, ja sie enthält neben dem augenblicklichen kleinen Vortheile eine überwiegende Gefahr. Indem sie den Zollschatz und die Vertheuerung des Roheisens mindert, den Zollschatz für bearbeitetes Eisen aber ungeändert lässt, erhöht sie letzteren offenbar. Bei längerer Dauer dieses irrationellen Verfahrens, bei weiterem Fortgange auf dieser falschen Bahn kann es



nicht ausbleiben, dass in den Seegegenden die Verarbeitung des für sie leicht zu beziehenden fremden Roheisens erheblich zunimmt, was ihnen zwar für den Augenblick einigen Antheil an der allgemeinen Ausbeutung der Nation durch die Eisen-Schutzzölle gewähren, eine dereinstige rationelle Reform der Eisenzölle aber um so mehr erschweren würde. Das Präsidium des Zollvereins hat daher dem hohen Zollbundesrathe vorgeschlagen, dem Roheisen entsprechend auch die übrigen Eisenzölle wenigstens einigermaassen herabzusetzen. Nicht bloss diese Vorschläge, sondern auch die Motivirung derselben ist ziemlich allgemein bekannt geworden und man kann das Wesen der Eisenzölle nicht treffender characterisiren, als es in dieser Motivirung geschehen ist.

„Eine ausschliessliche Herabsetzung des Roheisenzolles würde eine verhältnissmässige Erhöhung des in den übrigen Eisenzöllen liegenden Zollschatzes für die weitere Verarbeitung des Eisens herbeiführen, und eine solche kann nicht in der Absicht der gegenwärtigen Politik des Zollvereins liegen, der es darauf ankommen muss, durch entsprechende Ermässigung der übrigen Eisenzölle den Vortheil der Herabsetzung des Roheisenzolles zum Gemeingut zu machen, statt ihn in den Händen der das Roheisen verarbeitenden Industriellen zu monopolisiren. Schon der gegenwärtige Tarif bemisst die Zölle für Stabeisen, Blech und folgeweise für die aus diesen Materialien dargestellten Waaren gegenüber dem Roheisenzolle hoch, sowohl im Verhältnisse zum Werthe dieser Erzeugnisse, als auch im Verhältnisse zu dem zu ihrer Fabrikation zur Verwendung gelangenden Roheisen. Eine weitere Steigerung dieses Missverhältnisses würde den Interessenten des für alle Zweige des Gewerbelebens, sowie für die Landwirthschaft so überaus wichtigen Eisenverbrauchs nicht entsprechen. Das Eisen in seinen verschiedenen Formen bildet den Rohstoff für eine sehr umfangreiche Industrie, welche mit ihren Erzeugnissen die auswärtigen Märkte suchen muss, auf welchen sie für die Vertheuerung des Materials keinen Ersatz findet, es liefert das Material für die Maschinen und Werkzeuge aller Zweige erzeugender Thätigkeit und des zu so grossartiger Bedeutung entwickelten Transportwesens, es findet steigende Verwendung für Bauten aller Art, bei welchen ein kleiner Unterschied des Preises das dauerhafte Eisen an die Stelle des Holzes setzt. Gerade für die Interessen der Eisenerzeugung wird am besten und nachhaltigsten gesorgt durch eine Handelspolitik, welche geeignet ist, den inländischen Eisenverbrauch zu fördern. Da die verschiedenen Eisensorten des Inlandes und des Auslandes einander ergänzen und der Mehrverbrauch der einen Gattung einen Mehrverbrauch der anderen zur nothwendigen Folge hat, so fördert eine Mehreinfuhr fremden Eisens auch die Interessen der inländischen Eisenproduction, und wenn es gelingt, durch wohlfeilere Zulassung fremden Eisens den Eisenverbrauch zu mehren, so kann es nicht fehlen, dass in noch stärkerem Verhältnisse, als der Verbrauch, die Kundschaft der inländischen Industrie sich erweitert. Der Eisenverbrauch des Zollvereins steht in seinem Verhältnisse zur Bevölkerung noch weit zurück hinter dem Eisenverbrauch nicht nur Englands, sondern auch Frankreichs, und da das Eisen vorzugsweise zu Werkzeugen der Industrie und des Transports verwendet wird, so bildet der Eisenverbrauch zugleich Massstab und Förderungsmittel für den wirtschaftlichen Wohlstand der Bevölkerung. Auch von dem Gesichtspunkte der gleichvertheilenden Gerechtigkeit aus empfiehlt sich die Verminderung des Zollschatzes für die Eisenerzeugung. Denn die Vertheuerung des Eisens zu Gunsten der ohnehin von der Natur bevorzugten Productionsbezirke besteuert den minder entwickelten Theil des Zollvereinsgebietes zu Gunsten des mehr entwickelten und verhindert die Entwicklung industrieller Thätigkeit in umfangreichen Gebietstheilen, die, weil ausschliesslich auf die Landwirthschaft angewiesen, nur in um so hilfloserer Abhängigkeit von den Wechsellagen der Ernterträge sich befinden. Der Zusammenhang der industriellen und landwirthschaftlichen Entwicklung mit der Zugänglichkeit des Allen gemeinsam nothwendigen Materials für Industrie und Werkzeug ist zu augenscheinlich, als dass der Zollverein nicht gerade jetzt dringende Veranlassung finden sollte, einen neuen Schritt in der ermässigenden Reform der Eisenzölle zu thun.“

„Die Ermässigung der Eisenzölle, welche am 1. Juli 1865 in's Leben trat, hat weder eine so sprungweise Vermehrung der Eiseneinfuhr zur Folge gehabt, wie die geängstigten Producenten voraussetzten, noch hat sie eine irgend nachtheilige Rückwirkung auf die Eisenindustrie geübt. Im Gegentheil, in der zweiten Hälfte des Jahres 1865 und in dem Beginn des Jahres 1866 lauteten die Berichte aus den Bezirken der Eisenindustrie günstig, und wenn später die politischen Verhältnisse auf die Eisenindustrie ungünstig zurückwirkten, so theilte hierin die Zollvereinsindustrie gleiches Schicksal mit der der übrigen Europäischen Länder. Im Durchschnitt der beiden Jahre vom 1. Juli 1865 bis dahin 1867 zeigen die Ein- und Ausfuhrlisten des Zollvereins eine Erhöhung der Ein- und Ausfuhr von Roheisen, Stahl und Schienen, dagegen eine verminderte Einfuhr von Stabeisen, groben, roh vorgeschmiedeten Maschinenbestandtheilen, façonnirtem Eisen in Stäben und rohem Blech. In fast allen diesen letztgenannten Artikeln, einschliesslich Stahl, Weissblech und Drath, sowie in groben Guss- und Schmiedewaaren trat gleichzeitig eine erhöhte Ausfuhr ein. Während jene Vermehrung der Einfuhr keineswegs eine Einengung des Marktes unserer inländischen Eisenindustrie bedeutete, beweist die bedeutend erhöhte Ausfuhr augenscheinlich die gesteigerte Concurrenzzfähigkeit unserer Eisenindustrie auf den auswärtigen Märkten. Ueberdies wird in Bezug auf den Absatz nach dem Auslande durch den mit Oester-



reich abgeschlossenen Handelsvertrag eine wesentlich günstigere Lage unserer Eisenindustrie herbeigeführt, da gerade die wichtigsten von Oesterreich zugestandenen Zollermässigungen in dieses Gebiet fallen.“

Zu bedauern ist es, dass an diese in der That durchaus zutreffende Darstellung der Sache nur Vorschläge von sehr beschränkten Reductionen der Zölle auf verarbeitetes Eisen geschlossen wurden. Es wurde hauptsächlich empfohlen, Schmiede-Eisen von 25 auf 17½ Sgr., façonnirtes Eisen von 1¼ Thlr. auf 25 Sgr. herabzusetzen. Noch mehr zu bedauern wäre es aber, wenn selbst diese überbescheidene Verringerung der Schutzzölle für verarbeitetes Eisen nicht aufrecht erhalten würde. In den bisherigen Mittheilungen über die Vorlagen an das hohe Zollparlament geschieht derselben nirgend Erwähnung. Es ist aber nicht bloss eine geringe Reduction, es ist eine durchgreifende Reform aller Eisenzölle mit Freigebung des Roheisens und angemessener Verringerung aller übrigen Eisenzölle als erster und dringendster Punkt jeder Massregel zu verlangen, die ernstliche Ansprüche auf den Namen einer wirklichen Tarif-Reform machen will. Bei Zollsätzen von 17½ resp. 25 Sgr. würde der Bezug ausländischen Schmiede- und façonnirten Eisens noch durchaus nicht wesentlich erleichtert werden.

Der ganze Import von fabricirtem ausländischen Eisen hat bisher durchschnittlich betragen

Fabricirtes Eisen in Stäben und Bündeln, und Luppeneisen	76,990 Ctr.
Eisenbahnschienen . . . . .	91,275 -
Roh- und Cementstahl . . . . .	4,012 -
Eisen, welches roh vorgeschmiedet ist . . . . .	4,268 -
Façoneisen, Anker und Ketten . . . . .	9,692 -
Eisenblech . . . . .	42,299 -
Eisen- und Stahlrath . . . . .	10,651 -
Schmiedeeiserne Röhren . . . . .	33,439 -

Gutes schlesisches Eisen kommt in Stettin auf 2 Thlr. 27½ Sgr., nach den übrigen Häfen der Ostsee auf etwa 3 Thlr. zu stehen. Vom Rhein, Oldenburg nach den Ostseehäfen geliefert, etwa 3 Thlr. 5 Sgr.

Schwedisches Eisen stellt sich zuzüglich der Fracht und Spesen in den Ostseehäfen pr. Ctr. ungefähr auf 3 Thlr. 15 Sgr.

Die besseren Stempel Staffordshire Eisen kosten ab Hull Pfd. Sterl. 7. 15 Sh., also nach Hinzurechnung von 15 Sh. pro Centner für Fracht und Spesen in die Ostseehäfen geliefert Pfd. Sterl. 8. 10 Sh. pr. Tonne . . . . oder rund p. Ctr. 2 Thlr. 25 Sgr.

Das ordinaire englische Eisen von Newcastle, Hartlepoole und Middlesbro etc. kostet Pfd. Sterl. 6. 10 Sh. pr. Tonne f. a. b. oder nach Hinzurechnung von 15 Sgr. pr. Tonne Fracht und Spesen in die Ostseehäfen geliefert pr. Ctr. 2 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf.

Legt man hierauf auch nur einen Zoll von 17½ Sgr., so bleibt das gute englische Staffordshire Eisen immer noch von der Einfuhr ausgeschlossen. Die Einfuhr ausländischen fabricirten Eisens würde sich also nur auf einzelne Qualitäten beschränken, welche im Zollverein nicht geliefert werden können und die ganz unentbehrlich sind. Dahin gehört vor Allem das Schwedische Eisen, denn nach den Schwedischen Ausfuhrlisten sind nach dem Zollverein (Schleswig-Holstein ausgeschlossen)

exportirt im Jahre	1865.	1866.	1867.
Schwedische Centner	58,594.	37,013.	47,406.,

mithin über die Hälfte des ganzen im Zollverein eingeführten Quantums fabricirten Eisens.

Welchen Einfluss aber der Preis des Eisens auf den Verbrauch hat, das wird recht deutlich in den Exportlisten Stockholms gezeigt, indem bei den erhöhten Steuern in Schleswig-Holstein, der Export dahin, welcher in den voraufgegangenen Jahren ziemlich regelmässig ca. 40,000 schwed. Ctr. betrug, auf 19,788 Ctr. in 1867 gesunken ist, während der Export nach Frankreich von 130,481 Centner in 1863 auf 251,371 Ctr. in 1867, nach Belgien von 1656 Ctr. in 1863 auf 21,525 Ctr. in 1867 durch die Zollermässigung gestiegen ist.

In allen Ländern ist man darüber aus, die Zölle auf Eisen zu erniedrigen und ganz abzuschaffen, das eisenreiche Schweden hat sogar die Zölle auf fabricirtes Eisen ganz abgeschafft und seine Eisenstrassen fast ausschliesslich mit englischen Schienen gebaut. Im Zollverein ist der Grundsatz festgehalten, Rohmaterial zur weiteren Fabrikation nicht zu besteuern, und was ist denn Roheisen, Stangeneisen und selbst Platteneisen weiter als das Hauptrohmaterial für die Industrie und den Ackerbau der Küstenländer?

Ist es nicht eine harte Ungerechtigkeit, das Geräth, womit dieselben den Acker bestellen sollen, künstlich zu vertheuern, durch Zölle, welche dem Staate fast Nichts einbringen und nur zur Bereicherung weniger Fabrikanten dienen? Hat doch die Geschichte des Zollvereins gelehrt, dass aller Schutzzoll nicht vermocht hat, irgend welche Industrie von Bedeutung in den Küstenländern hervorzubringen, und dass diese Distrikte, trotz ihrer dünnen Bevölkerung, doch alljährlich ein bedeutendes Contingent zur Auswanderung nach Amerika stellen.



Um so unabweisbarer ist bei dem vergrösserten Zollverein, dem jetzt die Küstengebiete Schleswig-Holstein, Lauenburg und Mecklenburg beitreten, deren ganze Industrie auf Handel und Ackerbau beruht, und die keine Erzlager besitzen, die Forderung einer durchgreifenden Reform der Eisenzölle, und zwar, zunächst:

zollfreie Einfuhr des Roheisens,

eine Maximalsteuer von 10 Sgr. pro Centr., die jedoch allmählig herabzusetzen ist, auf Schmiede-Eisen aller Art incl. des Façoneisens, des schwarzen Eisenblechs und der Anker und Ketten.

Der hieraus entstehende Ausfall in den Einnahmen des Zollvereins fällt allerdings bei Roheisen ins Gewicht, da hier der Zoll ganz beseitigt werden soll. Bei Schmiede- und façonnirtem Eisen würde er dagegen durch den vermehrten Import sehr bald überholt werden. Denn der Konsum von Eisen hat ungefähr betragen:

in Schleswig-Holstein . . . . .	150,000 Ctr.
„ Mecklenburg . . . . .	95,000 „
„ Lauenburg . . . . .	15,000 „
und kann in den preussischen Ostsee-Provinzen angenommen werden auf mindestens	400,000 „
mithin in Allem auf circa	660,000 Ctr.

exclusive der Eisenbahnschienen, welche bei den in Aussicht genommenen Bauten eine noch weit bedeutendere Import-Aussicht geben. Dabei könnte bei einer solchen Reform die bisherige zollfreie Zulassung dieser Materialien zum Schiffsbau künftig in Wegfall kommen, welche ohnehin mit so grossen Inconvenienzen und Controlen verknüpft ist, dass sie nur in wenigen Fällen Anwendung findet. Und es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass unter diesen Bedingungen und zu einem einfachen Zollsatz von 10 Sgr. p. Ctr. der Konsum und die Beziehung ausländischen Schmiede- und façonnirten Eisens solche Dimensionen annehmen würde, dass der veranschlagte Ausfall sich vielleicht in einen ähnlichen Ueberschuss verwandelte.

Zu einer vollständigen und rationellen Reform der Eisenzölle wäre es dann erforderlich, auch die Zölle auf Eisenwaaren angemessen zu reduciren. Es würde also bei Nro. 6 des bisherigen Tarifes (Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaaren):

a, der Zoll von Roheisen aller Art und altem Brucheisen ganz aufzuheben;

die Abtheilung b. (geschmiedetes und gewalztes Eisen in Stäben etc.) sammt den dazu gehörigen Anmerkungen 1. und 2. mit der Abtheilung c. (façonnirtes Eisen in Stäben etc.) zu einer Abtheilung zu vereinigen und der Zoll davon auf 10 Sgr. pro Centner herabzusetzen;

ebenso die Abtheilungen d. (gefrnisstes Eisenblech etc.), e. (Weissblech etc.); f. 2. (grobe Eisenwaaren, die aus geschmiedetem Eisen oder Eisenguss, aus Eisen und Stahl, Eisenblech, Stahl- und Eisendrath, auch in Verbindung mit Holz gefertigt, jedoch nicht polirt sind) und zwar sowohl die Unterabtheilung  $\alpha$ . (Ambosse etc.) als die Unterabtheilung  $\beta$ . (andere, auch vollständig abgeschliffene, gefrnisse, verkupferte oder verzinnete, als Aexte etc.) zu vereinigen und der Zoll für sie auf 20 Sgr. herabzusetzen;

die Abtheilung f. 1. (ganz grobe Gusswaaren in Oefen etc.) auf 5 Sgr. Zoll zu ermässigen;

endlich die Abtheilung f. 3. (feine Eisenwaaren) und zwar sowohl die Unterabtheilung  $\alpha$ , (aus feinem Eisenguss etc.) als die Unterabtheilung  $\beta$ . (Nähnadeln etc.) auf einen Zoll von 3 Thlr. pro Centner herabzusetzen sein;

so dass bei Verwirklichung dieser Anträge der Zoll auf Roh- und Brucheisen aufgehoben, alle übrigen Arten von Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaaren in vier Abtheilungen mit Zöllen von 5 Sgr., 10 Sgr., 20 Sgr. und 3 Thlr. pro Centner gebracht werden würden. Ebenso müssten in Nro. 15. des bisherigen Tarifes (Instrumente, Maschinen und Fahrzeuge) bei einer Reform der Eisenzölle, wie sie vorstehend beantragt ist, entsprechende Zollbefreiungen resp. Ermässigungen eintreten.

Eine solche Reform der Eisenzölle mag manchen Eisen-Industriellen für etwas völlig Undenkbares, Vernichtendes gelten. Für die ungleich zahlreicheren Eisen-Consumenten ist sie die *conditio, sine qua non* einer naturgemässen wirthschaftlichen Entwicklung. Der Widerstand der meisten Industriellen gegen jede durchgreifende Tarif-Reform ist um Nichts berechtigter als die Feindseligkeit der arbeitenden Klassen gegen Einführung und Verbesserung von Maschinen. Hier wie dort tritt höchstens eine missliche Uebergangsperiode ein; nach derselben alsbald so starke Vermehrung der Production und Consumption, dass alle früheren Verhältnisse weit überholt werden. Aber hier wie dort ist es vergebens, von den zunächst Interessirten eine Anerkennung dieser allgemeinen Erfahrung zu erwarten. Gerade bei den Eisenzöllen ist es zweifellos, dass eine wirksame Reform Production und Verbrauch im Zollvereine auf eine bisher ungeahnte Weise steigern würde. Für eine so strebsame, gewerbfleissige Bevölkerung wie die des Zollvereines hat der jetzige durchschnittliche Eisenverbrauch noch nicht die Hälfte seines naturgemässen Umfanges erreicht. Wenn bei niedrigeren Zollsätzen auch viermal soviel fremdes Eisen eingeführt werden



sollte als bisher, so kann trotzdem bei billigeren Preisen die inländische Production sich mehr als verdoppeln, ohne dass eine dauernde Ueberproduction erreicht würde. Dann werden auch die Eisenbahn-Verwaltungen sich zur Ermässigung der Frachten bequemen. Zuerst im eigenen Interesse diejenigen, welche sonst die wichtigen Eisen-Transporte ganz verlieren würden; bald auch alle übrigen. Die Industriellen freilich verlangen hier, wie auch in andern Fällen ein Hysteron-Proteron. So lange aber die Eisen-Industrie den Vortheil hoher Schutzzölle genießt, ist es natürlich, dass die Eisenbahnen, welche ja als Haupt-Consumenten hierunter mit leiden, sich durch hohe Frachtsätze zu revangiren suchen. In jeder Beziehung also scheint eine rationelle systematische Reform der Eisenzölle dem planlosen gelegentlichen Verändern derselben auf Veranlassung von Handelsverträgen und andern äusseren Anstössen vorzuziehen. Dass der jetzige Zustand, selbst wie er sich nach dem Handelsvertrage mit Oesterreich gestaltet, nicht haltbar ist, dass er keinen festen Stand, sondern nur einen vorübergehenden Moment einer weiter fortschreitenden, wenn auch bis jetzt noch sehr unsichern Bewegung bildet, darüber kann unter einsichtigen Industriellen unmöglich eine Täuschung obwalten. Ist dieser ungewisse Verlauf heilsamer für unsere Industrie, als ein bestimmter, nach kurzen Unbequemlichkeiten zu gesicherter, naturgemässer Position führender Uebergang? Eine solche Position kann die deutsche Eisen-Industrie nur durch eine Zoll-Reform wie die angedeutete erlangen, und sie wird sie erlangen, ob auch einzelne, nur durch die Gunst des Zollschutzes vegetirende Unternehmungen dem Uebergange zum Opfer fallen mögen. Wie hohen Werth man auch der Unabhängigkeit des Zollvereins von andern Ländern bei seinem Eisenbedarfe beilegen mag — und dieser Werth ist in der That als ein hoher anzuerkennen — die Bevölkerung des Zollvereins hat Decennien hindurch enorme Opfer für Erreichung dieser Unabhängigkeit bringen müssen. Es ist Zeit, dass die Eisen-Industrie endlich anerkennt, durch diese schweren Opfer nun selbstständig geworden zu sein. Die volle Entwicklung der deutschen Eisen-Industrie wird nicht dadurch erreicht werden, dass man sie an der Krücke des Schutzzolles durch die Opfer und Zuschüsse Anderer bequem fortleben lässt, sondern dass man sie veranlasst, sich endlich auf eigene Füße zu stellen; und sie selbst wird sich bald überzeugen, dass sie stärker ist, als sie geglaubt.

Der zweite Hauptpunkt einer wenn auch nur auf die ersten dringendsten Anfänge beschränkten, aber rationellen und durchgreifenden Tarifreform ist die **Reform der Zuckerzölle und der Rübensteuer**. Welch' eine exorbitante Jahres-Contribution auch durch diese Tarif-Position der Bevölkerung der nicht Rüben bauenden Provinzen zu Gunsten der Rüben-Industrie auferlegt wird, ist bereits erwähnt. Hervorzuheben ist aber noch, dass dieser Theil des Tarifes einen der wenigen Industriezweige systematisch ertödtet hat, welche in den industrie-ärmeren Küstengegenden naturwüchsigen Boden hatten: die Raffinerie von Colonialzucker. Zur gründlichen Abhülfe dieser Missverhältnisse ist eine durchgreifende Umgestaltung der ganzen bisherigen Zuckerbesteuerung, Einführung einer Fabrikatsteuer statt der Rübensteuer für die inländische Rübenzuckerproduction und eine nach dem Süssigkeitswerth der verschiedenen Zuckersorten, also nach Classen abgestufte Abgabentrachtung vom ausländischen wie inländischen Zucker nothwendig. Da aber eine solche Reform vorgängige Untersuchungen und Vorbereitungen der umfassendsten Art verlangt, mithin selbst beim bereitwilligsten Entgegenkommen der Regierungen durch diesen Vorschlag eine unverzügliche praktische Abhülfe, die doch wahrlich Noth thut, sich nicht bewerkstelligen lässt, so ist zunächst eine Herabsetzung der Zuckerzölle und Beseitigung des bisherigen Differentialzolles zwischen Zucker für Siedereien und Zucker für den Consum dahin zu verlangen, dass die Eingangsabgaben von ausländischem Zucker und Syrup und die Ausfuhr-Zollvergütung für aus Colonialzucker raffinirtem Zucker, wie folgt normirt werden:

Brod-, Hut-, Kandis-, Bruch- oder Lumpen- und weisser gestossener Zucker . . . . .	pr. Ctr. 5 Thlr. — Sgr.
Farin (Zuckermehl) und Colonialzucker über Nro. 18 der holländischen Probe . . . . .	- 4 - 7½ -
Rohzucker, mit Ausnahme der vorstehend angeführten Qualitäten, ohne Unterschied, ob für Siedereien bestimmt, oder sonst eingeführt . . . . .	- 3 - 20 -
Syrup . . . . .	- 1 - 15 -
Zollvergütung bei der Versendung von aus Colonialzucker raffinirtem Hutzucker und Kandis in das Vereins-Ausland für den Centner Netto . . . . .	- 4 - 3 -

Hinsichtlich der näheren Motivirung dieses Antrages wird auf die dem hohen Zollparlamente eingereichte besondere Vorstellung, betreffend Abänderung der Zuckerzölle, Bezug genommen.

Der dritte für eine rationelle Zolltarifs-Reform unumgänglich nothwendige Anfangspunkt, welcher zwar keinen so hohen unmittelbaren wirthschaftlichen Werth als die vorigen, dafür aber



desto grössere Bedeutung für die allgemeine Erleichterung des Verkehrs hat, ist die Aufhebung des einzigen im Zollvereine noch bestehenden Ausgangszolles, die **Beseitigung der Ausfuhrabgabe für Lumpen und andere Abfälle zur Papierfabrication.** Von irgend einem finanziellen Ertrage dieses Zolles ist keine Rede. Er macht die Ausfuhr anderer als fremder zollfreier Transit-Lumpen aus dem Zollvereine einfach unmöglich. Er ist lediglich ein Privilegium für die vereinsländische Papier-Industrie, zu deren Gunsten er den ganzen Ausfuhr-Verkehr mit störenden zollamtlichen Controlen belästigt und die ärmsten, erwerbsunfähigsten Individuen der arbeitenden Klassen mit einer schweren Contribution belegt. An allen Plätzen, wo neben dem Handel mit inländischen ein Transitgeschäft mit ausländischen Lumpen besteht, sieht man in der Preisdifferenz die künstliche Herabdrückung durch den Schutzzoll, den Tribut, welchen jeder Lumpensammler von seinem armseligen Erwerbe den vereinsländischen Papierfabrikanten entrichten muss. Es wäre Zeit, dass die deutsche Industrie sich einer solchen Ausbeutung der bedürftigsten Armuth schämen lernte. Dass dieselbe nicht lange mehr von Bestand sein kann, wird allgemein gefühlt. Auch hier sucht man hauptsächlich nur noch nach Gründen für einen Aufschub. Der Zollverein soll den Lumpen-Ausfuhrzoll aufheben, aber erst wenn die Nachbarstaaten ihn bei sich werden aufgehoben haben; d. h. er soll ihn unter den civilisirten Staaten wo möglich zuletzt aufheben, und über dem Warten eines Staates auf den anderen soll das Unvermeidliche wenigstens möglichst weit hinausgeschoben werden. Es dürfte des Zollvereins würdiger und für die Nachfolge anderer Länder wirksamer sein, mit der Aufhebung dieses ungerechtesten aller Zölle voranzugehen. Belgien ist dem Zollvereine bereits zuvorgekommen, denn es hat trotz seiner bedeutenden Papierfabrikation die Lumpen-Ausfuhr freigegeben, was natürlich der Papier-Industrie des Zollvereins mit zu Gute kommt. Auch Oesterreich ist in diesem Punkte dem Zollvereine schon etwas vor; denn es belegt die Lumpen-Ausfuhr nur noch mit einem Zolle von 1 Thlr. 10 Sgr., während derselbe im Zollvereine 1 Thlr. 20 Sgr. beträgt. Es ist also wohl nöthig, mit dieser für die Vereinfachung der ganzen zollamtlichen Behandlung so wichtigen Sache nicht länger mehr zu warten.

Die dringendsten Anfangspunkte einer durchgreifenden nicht bloss von den zufälligen Ergebnissen diplomatischer Verhandlungen abhängigen Tarifreform sind im Vorstehenden bezeichnet. Natürlich ist aber mit obigen drei Hauptpunkten die Tarifreform nicht erschöpft, es sind damit nicht einmal alle dringenden und billiger Weise wenigstens nicht binnen allzulanger Frist zu verlangenden Erleichterungen erledigt.

Ein Zoll, dessen Beseitigung zu einer gerechten und rationellen wirthschaftlichen Politik kaum weniger nothwendig gehört, als die Reform der bisher erörterten drei Tarifpositionen, ist der Reiszoll. Den Einfuhrzoll auf Getreide hat man längst als höchst verwerflich erkannt und glücklich beseitigt. Ist Reis nicht ebenso gut eine Getreideart wie Weizen, Roggen, Gerste? Welch' eine schreiende Inkonsequenz liegt darin, nach längst erfolgter Freigebung des Getreides die einzige Getreideart Reis noch immer mit einem Zolle zu belasten! Reis gehört zu den ersten Lebensmitteln und darf deshalb durch keinen Zoll vertheuert werden. Der Reiszoll beträgt aber für die geringeren Sorten bis 25 % des Werthes und begründet daher eine ganz namhafte Vertheuerung. Dies ist der Grund, weshalb dies Nahrungsmittel noch keinen grösseren Eingang beim Deutschen Volke gefunden hat. Bis zum Jahre 1847 ist der Reis unsern unteren Klassen fast ganz fremd gewesen. Erst die Noth jenes Jahres und die damalige Suspension des Reiszolles hat unsere arbeitenden Klassen mit Reis bekannt gemacht. Von da an hat auch in diesen Klassen ein, wenn auch beschränkter Konsum begonnen. Dauernde Aufhebung des Zolles und daraus folgende Billigkeit der Preise wird dies wichtige Nahrungsmittel auch bei unsern ärmeren Klassen einbürgern und dadurch einen Beitrag zur Verbesserung ihrer Lage liefern. Unser in mehr als einer Beziehung irrationelles Zoll- und Steuersystem hat auch darin seine übeln Wirkungen gezeigt, dass es vielfach die besseren Nahrungsmittel unsern arbeitenden Klassen entfremdet. Dieses System hat sie gezwungen, sich an den Konsum der schlechtesten, aber billigsten Nahrungsmittel zu gewöhnen. Daher die Vorliebe unserer unteren Klassen für die Kartoffel; daher die Beschränkung auf Roggenbrot, während in andern Ländern die ganze Bevölkerung Weizenbrot isst. Hebt man den Reiszoll auf, so wird sich der Reis-Konsum verdoppeln, ja verdreifachen. Will man den arbeitenden Klassen den Taback, freilich einen Luxus, aber ihren einzigen und durch Gewohnheit schwer entbehrlich gewordenen Luxus vertheuern, so ist die Tarifreform auch ihnen dafür einen Ersatz schuldig und dazu empfiehlt sich Nichts Anderes so unmittelbar als die Beseitigung des Reiszolles, welche den arbeitenden Klassen ein vortreffliches Nahrungsmittel zugänglicher machen würde. Diese Aufhebung würde auch die Reismühlen, in welchen der Reis polirt wird, und welche bisher im Zollvereine trotz aller Versuche keinen Fortgang gefunden haben, im Zollvereine einbürgern und gerade den Seegegenden, welche der industriellen Belegung so sehr bedürfen, einen neuen Industriezweig geben, der noch mancherlei Nebenvortheile bietet. Nicht minder ist die Schifffahrt dabei interessirt, welche einen wichtigen Frachtgegenstand bei Aufhebung des Zolles in viel grösserem Umfange als bisher erhalten würde. Man könnte daher die Frage des Reiszolles fast ebenso wichtig und dringend wie die der Eisen- und Zuckerzölle



halten wollen, wenn nicht, freilich eben nur in Folge unseres bisherigen Zoll- und Steuersystems, der Reis ein allgemeiner Consumtionsartikel doch nur in Ausnahmejahren wäre, wo heimisches Getreide und Kartoffeln missrathen sind. Auf die Dauer ist bei einer rationellen Tarif-Politik der Reiszoll keinesfalls haltbar. In den ursprünglichen Vorlagen des Zollvereins-Präsidiums an den hohen Zoll-Bundesrath soll daher wenigstens eine Ermässigung von 1 Thlr. auf 15 Sgr. vorgeschlagen gewesen sein. In den wirklich an das hohe Zollparlament ergangenen Vorlagen findet sich hievon Nichts; der Reiszoll scheint also nach den Intentionen der Regierungen einstweilen unverändert beibehalten werden zu sollen. Es ist dies um so mehr zu bedauern, als die gedachte Zolleremässigung noch nicht einmal zureichend gewesen wäre. Aufhebung des Zolles wird direct den Consumenten zu Gute kommen; sie werden den Reis um so viel billiger kaufen. Bei Ermässigung des Zolles um die Hälfte ist dies keineswegs zu erwarten. Bleibt der Artikel zollpflichtig, so muss der Kaufmann die Versäumnisse und Unbequemlichkeiten der Zollkontrolle, Lagerung unter amtlichem Verschlusse u. dgl. mit in Rechnung bringen. Für den Preisabschlag bleibt von einer blossen Zolleremässigung nicht viel übrig. Es ist daher dringend zu wünschen, dass wo möglich auch gänzliche Beseitigung des Reiszolles in den Anfang einer rationellen Tarif-reform mit aufgenommen werde.

Was sonst noch für eine systematische Reform des Zollvereins-Tarifes zunächst zu wünschen ist, hat theilweise keine erhebliche Wichtigkeit für die fiscalischen oder die industriellen Interessen, theils ist es, wenn auch überhaupt nöthig, so doch noch nicht augenblicklich so dringend als die bisher erörterten Punkte. Nach der Reihenfolge der bisherigen Tarif-Nummern ist in Kurzem noch Folgendes hervorzuheben:

Bei No. 1 des Tarifes (Abfälle frei) und allen andern zollfreien Rubriken muss dringend gefordert werden, alle zollfreien Artikel aus dem Tarife einfach fortzulassen und statt ihrer theilweise noch namentlichen Aufführung ausdrücklich das Princip an die Spitze des Tarifes zu setzen, dass Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr im Zollverein mit Ausnahme der im Tarife ausdrücklich angeführten Importartikel zollfrei ist.

Zu No. 2 des Tarifes (Baumwolle und Baumwollen-Waaren) ist demnächstiger Wegfall aller Garnzölle höchst wünschenswerth.

Für No. 3 des Tarifes (Blei und Bleiwaaren etc.) und No. 4 des Tarifes (Bürstenbinder- und Siebmacherwaaren) ist gänzliche Streichung dieser Positionen und sämtlicher darunter gehörigen Artikel aus dem Tarife zu empfehlen.

Bei No. 5 des Tarifes (Droguerie-, Apotheker- und Farbwaaren) ist baldige Reduktion des Zolles für Aetznatron, gelbes blausaures Kali, calcinirte Soda und doppelt kohlen-saures Natron auf 15 Sgr., für natürliche oder künstliche rohe Soda, krystallisirte Soda auf 5 Sgr. dringend zu wünschen.

No. 12 des Tarifes (Häute und Felle) ist am besten gänzlich zu streichen, d. h. diese Artikel sind zollfrei zu machen.

Zu No. 22 des Tarifes (Leinengarn, Leinwand und and. Leinenwaaren etc.) ist zur Ergänzung des im Handelsvertrage mit Oesterreich gemachten Fortschrittes Freigebung von Jutegarn (a. 2.) und von grauer Packleinwand und Segeltuch (e.) zu verlangen.

In No. 25 des Tarifes (Material- und Spezerei-, auch Konditorwaaren und andere Konsumtibilien) ist speciell

No. 25 f. (Butter) freizugeben. Der bisherige Zollertrag dieser Position beruhte nur auf der Buttereinfuhr aus den Elbherzogthümern und Mecklenburg, fällt also mit deren Aufnahme in den Zollverein fort.

Unter No. 25 h., 2 α finden sich neben Datteln, Feigen, Korinthen, Mandeln, Pfirsichkernen, Rosinen hingestellt Lorbeerblätter, Pomeranzen, Pomeranzenschalen, Citronenschalen und dergleichen. Da diese Artikel fast nur im Gewerbe der Destillation Verwendung finden, und der Preis derselben fast überall unter der Höhe des auf ihnen haftenden Eingangszolles bleibt, sind sie zu streichen und gänzlich freizugeben.

Ebenso finden sich in dem betreffenden Theile des amtlichen Waarenverzeichnisses unter No. 25 i. (Gewürze aller Art), auch Galgantwurzeln, Cubeben und Sternanis genannt, welche in keiner Weise zu dieser Klasse zu rechnen sind. Es ist daher Entfernung derselben aus dieser Position und für Galgant Herabsetzung auf 2 Thlr., für Cubeben und Sternanis als rohe Medizinalartikel Freigebung zu verlangen.

Bei No. 25 k. (Heringen), welche in vielen Gegenden die verbreitetste Zuspeise der untern Klassen bilden, ist, wie beim Garnzolle, mindestens dereinstige Aufhebung des Zolles in's Auge zu fassen.

Theils aus ähnlichen Gründen, theils in Rücksicht auf das in manchen dem Zollverein neu zutretenden Gegenden wichtige Gewerbe, junge magere Schweine zollfrei vom Auslande zu beziehen, sie im Inlande zu mästen und dann geschlachtet als Fleisch zu exportiren, was nach dem Zutritte zum Zollvereine bei Aufrechterhaltung des Einfuhrzolles für Schweine, nicht durchführbar bleibt, ist auch für No. 39 c. (Schweine) Befreiung vom Einfuhrzoll zu verlangen.



## IV.

Es bleibt noch die finanzielle Seite einer Tarif-Reform, wie die hier verlangte, näher in's Auge zu fassen. Betrachten wir zunächst eine Reform, die ausser den Erleichterungen der Regierungsvorlagen nur erst die Reform der Eisen- und Zuckerzölle und Beseitigung des Ausfuhrzolles von Lumpen umfasst! Die Regierungsvorlagen berechnen den Ausfall durch die Zollbefreiungen und Zollermässigungen des Handelsvertrages mit Oesterreich auf 1,253,174 Thlr., den Ausfall aus den sonst proponirten Tarifänderungen auf 274,721 Thlr., beides zusammen also auf 1,527,895 Thlr. Wie völlig bedeutungslos diese Rechnung für die Veranschlagung der wirklichen Ausfälle ist, wurde bereits genügend dargethan.

Bei dem Tarife vom 1. Juli 1865 stellt sich der rechnungsmässige Ausfall im Vergleiche zu den Zollsätzen und den Quantitäten der Einfuhr von 1864 pro Jahr auf 3,927,110 Thlr., also für die  $1\frac{1}{2}$  Jahre vom 1. Juli 1865 bis ultimo 1866 auf 5,890,665 Thlr. Der wirkliche Ausfall für diese  $1\frac{1}{2}$  Jahre im Vergleich zu 1864 hat aber nur 3,456,218 Thlr., also 2,434,447 Thlr. weniger betragen, obwohl das Jahr 1866 noch dazu ein Kriegsjahr war. Es unterliegt hienach wol keinem Zweifel, dass der wirkliche Ausfall bei sonst normalen Verhältnissen den von den Regierungen in Ansatz gebrachten rechnungsmässigen Ausfall selbst dann nicht übersteigen wird, wenn auch noch der Roheisen Zoll ganz gestrichen wird, der allerdings bei 5 Sgr. noch circa 466,000 Thlr. einträgt. Die verlangte bedeutende Herabsetzung der übrigen Eisenzölle wird, wie bereits angedeutet, unfehlbar durch verstärkte Einfuhr reichlich aufgewogen werden, und die Abschaffung des Lumpen-Ausfuhrzolles hat gar keine finanzielle Bedeutung. Höher als 1,527,895 Thlr. kann man also — abgesehen von dem Wunsche der Regierungen nach Mehreinnahmen — das wirkliche Deckungsbedürfniss selbst bei einer über die bisherigen Vorlagen hinaus auf die Eisenzölle, die Zuckerzölle und den Lumpen-Zoll ausgedehnten Tarif-Reform nicht veranschlagen. —

Hiefür bietet nun, wie in der besondern Vorstellung über die Abänderung der Zuckerzölle ausgeführt ist, zunächst schon die zwar ihrem Betrage nach nicht genau zu berechnende, aber jedenfalls nicht unbedeutende Mehreinnahme aus einer rationellen Reform der Zuckerzölle theilweise Deckung. —

Sodann ist nicht ausser Acht zu lassen, dass durch die bereits erfolgte Aufnahme der Elbherzogthümer und die nahe bevorstehende Vereinigung Mecklenburgs umfangreiche Gebiete dem Zollvereine zutreten, deren Bewohner an einen weit stärkeren Verbrauch fremder, im Zollvereine garnicht erzeugter Consumtionsartikel gewöhnt sind, als sie sonst durchschnittlich im Zollvereine stattfindet. Die Herzogthümer, Lübeck und Mecklenburg bringen dem Zollvereine eine Bevölkerung von fast 2 Millionen zu. Nach dem Verhältniss der sonstigen Zolleinnahmen würde diese Bevölkerung eine Mehreinnahme von ca.  $1\frac{1}{3}$  Million ergeben. Es ist aber zweifellos, dass die Mehreinnahme weit mehr betragen wird. In den Herzogthümern selbst vermuthet man etwa 4 Millionen. Sollte sich diese Erwartung auch nicht vollständig erfüllen, so ist doch eine merkliche Steigerung der durchschnittlichen Zolleinnahme pro Kopf der Zollvereinsbevölkerung nach dem Zutritte Schleswig-Holsteins, Lübecks und Mecklenburgs ausser Zweifel. Nach dem preussischen Staats-Anzeiger hat die gesammte Zolleinnahme des Zollvereins pro 1867: 24,197,191 Thlr. betragen. Dazu hat aber Schleswig-Holstein allein, das erst seit dem 15. November hinzugekommen, also in nur  $1\frac{1}{2}$  Monaten ohne Lübeck und Mecklenburg 275,090 Thlr., d. h. fast  $\frac{1}{12}$  beigetragen. Ohne Frage werden also diese Verhältnisse so merklich in's Gewicht fallen, dass sie bei Erörterung der nöthigen Deckungsmittel für Ausfälle aus Tarifreformen nicht unberücksichtigt bleiben dürfen.

Endlich ist unter allen National-Oekonomen wol nicht der mindeste Streit darüber, dass zur Deckung nachgewiesener wirklicher (nicht bloss rechnungsmässiger) Ausfälle aus Tarifreformen Erhöhung der Zoll- und Steuer-Einnahme von Taback ein sehr geeignetes Mittel ist. Diese Erhöhung muss nur nicht auf einem Wege gesucht werden, der die bisher schon bestehende Abgaben-Differenz zu Gunsten der deutschen Tabacks-Production und Fabrication noch vergrössern, also den schon ohne diess zu bedeutenden Zollschatz für den inländischen Artikel noch verstärken würde. Ein so falscher Weg könnte leicht zu bitteren Täuschungen auch in Betreff der erwarteten finanziellen Früchte führen. Eine höhere Besteuerung des Tabacks kann also, sofern sie sich in mässigen Grenzen hält, wol als ein geeignetes Mittel anerkannt werden, um einen durch Zollerleichterungen für andere wichtige Artikel und durch die Vereinfachung des Tarifes entstehenden finanziellen Ausfall zu decken. Indess ist nach dem bereits Ausgeführten diese Deckung keinesfalls zum vollen rechnungsmässigen Betrage des Ausfalles zu verlangen, da auch auf Mehreinnahmen aus anderen Zöllen in Folge der beabsichtigten Zollerleichterungen gerechnet werden darf. Sodann muss im finanziellen wie im wirthschaftlichen Interesse auf Verminderung und demnächstige Aufhebung des bisherigen Zollschatzes für den deutschen Taback Bedacht genommen werden. Es ist daher nicht zu billigen, dass der betreffende Gesetzentwurf des Zollvereins-Präsidiums den Schutz des deutschen Tabacks noch vergrössert. Es ist vielmehr min-



destens erforderlich, dass die Erhöhung den deutschen und den ausländischen Taback gleichmässig treffe, dass also unter entsprechender Regulirung der in Aussicht genommenen Ausfuhrvergütungen entweder der Zoll auf 6 Thlr. und die Steuer auf 2 Thlr. 20 Sgr. pro Ctr. (resp. 18 bis 21 Thlr. pro Morgen) oder der Zoll auf 5 Thlr. und die Steuer auf 1 Thlr. 20 Sgr. pro Ctr. (resp. 12 Thlr. pro Morgen) normirt werde. Endlich ist zur Verminderung des in dem Cigarrenzoll liegenden bedeutenden Schutzzolles und im finanziellen Interesse die Herabsetzung des Zolles für Cigarren auf 15 Thlr. pro Centner zu empfehlen. —

So hohe Einnahmen aus dem Taback wie in manchen andern Ländern werden sich allerdings hieraus für den Zollverein nicht ergeben. Dazu ist entweder Tabacksmonopol, wie in Frankreich und Oesterreich, oder neben einem sehr hohen Zoll für fremden Taback noch gänzlich Verbot des inländischen Tabackbaues wie in England erforderlich. Beides wird Niemand dem Zollvereine empfehlen wollen. Sicher wird aber eine Erhöhung der Tabackssteuern und Zölle in der angedeuteten Weise, verbunden mit den anderweitigen jedenfalls eintretenden Mehreinnahmen und der in der Macht der legislativen Gewalten stehenden Reform der Zuckerzölle, genügende Deckungsmittel liefern, um die dringlichsten Hauptpunkte der Tarifreform sofort zu ermöglichen. Ja es wird sich bald zeigen, dass die Zollerträge so bedeutend steigen, um neben dem wirklichen Mehrbedarf der Regierungen allmähig auch noch die dringendsten weiteren Tarifreformen, also vor Allem Aufhebung des Reiszolles zu gestatten. —

Bei solcher Ueberzeugung von der Zulänglichkeit der bereits nachgewiesenen Deckungsmittel für alle nächsten und dringendsten Theile der Tarifreform kann natürlich von Einführung eines neuen Zolles nicht die Rede sein. Das Ziel der Reform ist Erhebung der Zollfreiheit zur Regel und Beschränkung der zollpflichtigen Ausnahmen auf eine immer kleinere Zahl einträglicher Finanzzölle. Damit würde die Einführung neuer Zölle im krassesten Widerspruche stehen. Vollends aber ist Petroleum, so lockend ein Zoll darauf in finanzieller Rücksicht auch scheinen mag, kein Artikel, der sich ohne empfindliche Belästigung der gesammten Bevölkerung und ohne Gefährdung wichtiger Handelsinteressen mit einem neuen Zoll belegen liesse. Schon ist Petroleum als das wichtigste und unentbehrlichste Beleuchtungsmittel unter allen, namentlich auch unter den arbeitenden Klassen verbreitet und verbreitet sich mit rapider Schnelligkeit in jedem Jahre weiter. Während es in mancher grösseren Stadt dem Gas bereits eine nützliche Concurrenz zu machen beginnt, ist es auch in den entlegensten ländlichen Hütten bereits zu einem dringenden Bedürfniss geworden. Auch dieses allgemeine und für den einfachen Arbeiter schlechthin unersetzliche Bedürfniss zu einem Zollobjecte zu machen, ist das Gegentheil einer gerechten Tarifreform, welche die leider noch vielfach bestehende Besteuerung der ersten, unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse des Volkes gerade allmähig zu beseitigen suchen soll. Der vorläufig allerdings mässig bemessene Zoll von 15 Sgr. würde übrigens im Detailhandel eine viel bedeutendere Preiserhöhung herbeiführen. 20 % beträgt die Tara bei Petroleum; das ist schon mit einer Erhöhung des Zolles auf 18 Sgr. gleichbedeutend. Viel beträchtlicher würde aber die Erschwerung des Geschäftes durch die eintretende zollamtliche Controle, durch erschwerten Eisenbahn-Transport etc. den Preis der Waare vertheuern, ehe sie in die Hände des Consumenten gelangt. Ob es lange bei dem ersten Zoll von 15 Sgr. bleiben würde, ist vollends eine weitere Frage. Ist ein Petroleumzoll erst einmal als bequeme Finanzquelle eingeführt, so liegt in jeder finanziellen Verlegenheit eine grosse Versuchung, ihre Anfangs nur bescheidene Ausbeutung zu steigern. Erhöhung einmal bestehender Zölle ist viel leichter als Einführung neuer. Und die Versuchung ist um so grösser, als der Zoll von vorn herein weit mehr als den veranschlagten Ertrag einer halben Million bringen würde. Welch' kolossale Dimensionen die Petroleum-Einfuhr im Zollverein in wenigen Jahren angenommen hat, und wie sich dieselbe fortwährend steigert, ist bekannt. Der Staatsanzeiger giebt neuerdings den Import für 1867 mit 1,667,313 Ctr. an. Das wären schon über 800,000 Thlr. Wie weit sich das im Laufe der Jahre noch weiter steigern würde, ist garnicht zu berechnen. Schon jetzt bildet Petroleum einen der wichtigsten Artikel für den directen Verkehr des Zollvereins mit Amerika. Bei der innigen Wechselwirkung zwischen Import und Export ist die Erhaltung dieses Verkehrs auch für die deutsche Industrie wichtig, die dort Absatz für ihre Fabrikate suchen muss. In den Häfen des Zollvereins aber fürchtet man von Unterwerfung des Petroleums unter die umständlichen zollamtlichen Controllen und Abfertigungen schwere Beeinträchtigung des Grosshandels mit dieser Waare. Schon die nothwendigen sicherheitspolizeilichen Vorschriften über Lagerung etc. bilden erhebliche Erschwernisse; sollte noch die umständliche Einmischung der Zollbehörden, die Behinderung des Eisenbahn-Transportes dazukommen, so besorgt man in den Zollvereinshäfen Verdrängung dieses wichtigen Geschäftszweiges nach den nächst gelegenen weniger genirten Stapelplätzen. Diess, nicht der vorläufig nur mässig veranschlagte Geldbetrag des Zolles erregt nächst den principiellen Einwänden die schwersten Bedenken. Es darf also wol auf Ablehnung dieses Punktes der Vorlage mit Bestimmtheit gerechnet werden.

Die nächsten dringendsten Hauptpunkte zum energischen Beginn einer rationellen und durchgreifenden Tarifreform und die nöthigen Deckungsmittel für eine solche dürften hiemit genügend bezeichnet sein. **Rationelle Zuckerbesteuerung, Aufhebung des Roheisenzolles und damit ver-**



bundene durchgreifende Ermässigung der übrigen Eisenzölle, sowie Aufhebung des Ausfuhrzolles auf Lumpen sind die wesentlichsten Punkte der vorzunehmenden Zolltarifsreformen. Dabei ist jedoch, um dies ausdrücklich zu wiederholen, vorauszusetzen, dass die Zollfreiheit des Petroleums aufrecht erhalten, und der Erhöhung der Eingangsabgabe von Taback auf 6 Thlr. pro Centr. nur dann zugestimmt werde, wenn gleichzeitig die Besteuerung des inländischen Tabacks mit 2 Thlr. 20 Sgr. pro Centner (18—21 Thlr. pro Morgen) eingeführt wird.

Eine Reform in diesen Grenzen ist in der That das bescheidenste Maass von wirthschaftlichen Fortschritten, welches als eine der Grossartigkeit der erfolgten Umgestaltung entsprechende Leistung der neuen Organe des Zollvereins anerkannt werden kann. Sie wäre aber auch ein schon höchst anerkennenswerthes Resultat der ersten Diät der neuen legislativen Factoren. Sie würde durch ihren bestimmt ausgeprägten Charakter die wenn auch unausgesprochene, so doch vollkommen sichere Bürgschaft einer weiteren planmässigen Entwicklung der Tarifreform in sich tragen. Und nur das ist die Frage:

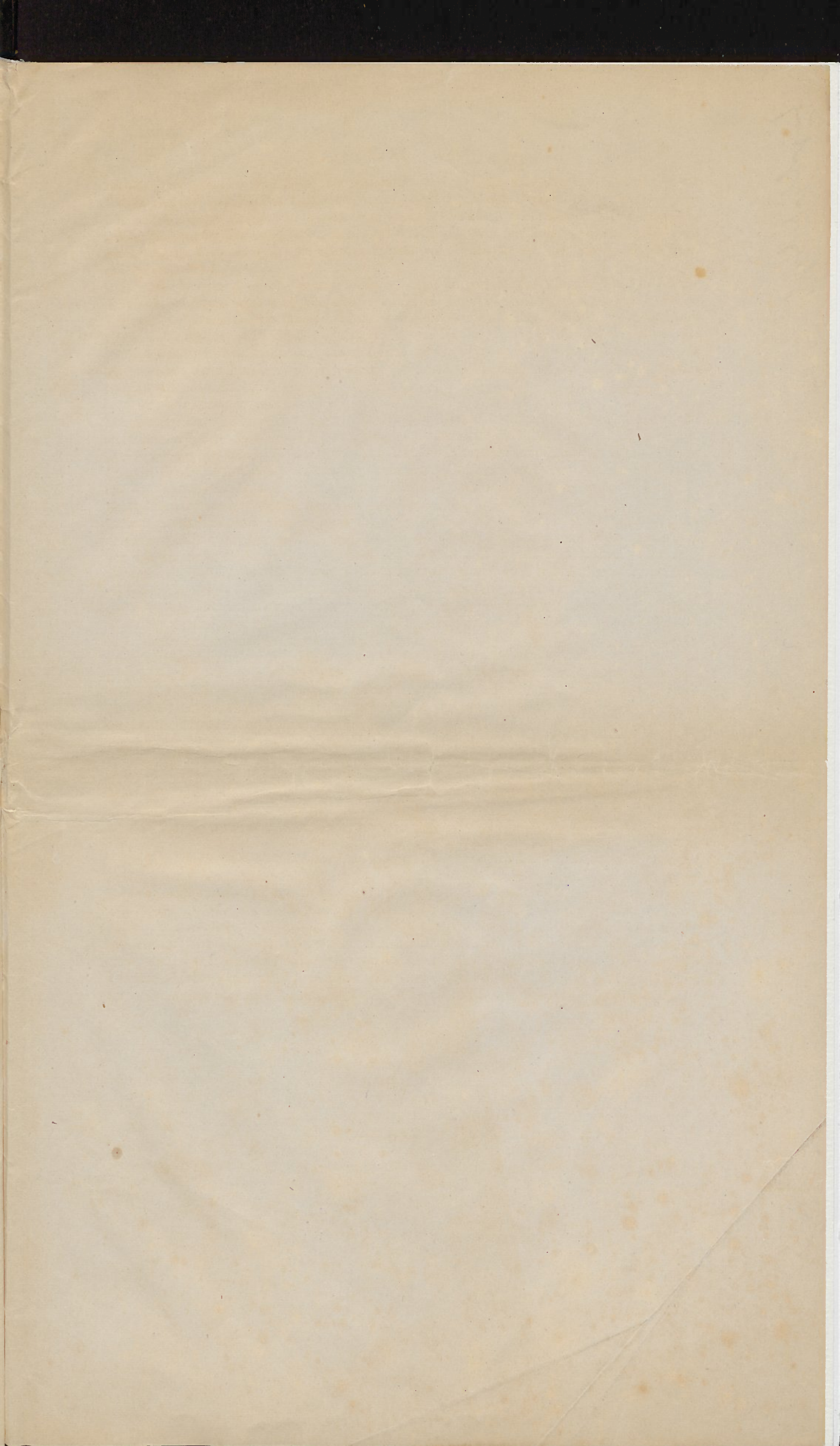
ob planmässig oder planlos?

Die Tarifreform überhaupt ist nach Abschluss der Handelsverträge für den Zollverein absolut unvermeidlich. Der Bruch mit dem Schutzzollsysteme ist im Princip unwiderruflich erfolgt. Der Uebergang zu reinen Finanzzöllen muss allmählig practisch durchgeführt werden. Nur zu Gunsten des Staates dürfen die Zölle den Consumenten belasten; und der nöthige Bedarf muss aus dem Ertrage möglichst weniger, aber möglichst einträglicher Artikel entnommen werden. Alle Tarifpositionen, welche daneben noch eine Contribution des Publikums an bevorzugte inländische Industriezweige enthalten, müssen, wenn auch allmählig und mit schonender Hand, vollständig beseitigt werden. Diese Umwandlung vollzieht sich auf einem oder dem andern Wege unausweichlich mit der Nothwendigkeit eines Naturgesetzes. Aber der Weg steht eben in Frage. Handelsverträge mit auswärtigen Mächten waren bis jetzt der Weg, und ihr Werth für die bisherige Entwicklung ist wahrlich nicht zu unterschätzen. Sie setzten feste Marken, über die nicht mehr zurückgegangen werden kann; und zwar bei einer Verfassung, welche dem Zollvereine kein anderes Mittel dazu gab. Das beste Mittel an sich bilden sie allein aber nicht für eine rationelle Reform. Nicht die eigene Erkenntniss, nicht das eigene Bedürfniss bestimmen ausschliesslich ihre Resultate. Fremde Forderungen, fremde Bedürfnisse müssen berücksichtigt werden, und in die wirthschaftliche Entwicklung spielen nur zu oft politische Einflüsse mit hinein. Nicht auf denjenigen Punkten vollzieht sich bei ihnen zuerst und am entschiedensten die wirthschaftliche Reform, wo sie durch die eigene wirthschaftliche Lage am dringendsten geboten ist, sondern da, wo sich die Forderungen des andern Contrahenten zufällig am leidlichsten mit den eigenen Interessen ausgleichen lassen. Die bedeutende und so schnell wiederholte Herabsetzung der Weinzölle z. B. ist im Vergleich zu den dafür erlangten Zugeständnissen gewiss vortheilhaft. Ob eine selbstständige Reform des Zollvereinstarifes aber gerade bei dieser Position zuerst so eingreifende Reductionen vorgenommen haben würde, ist denn doch sehr die Frage. Planmässige, systematische Durchführung der Tarifreform kann durch Handelsverträge allein nicht erfolgen. Sie bildeten die Einleitung der Reform in einer Periode, wo ohne sie an irgend welche Reform überhaupt nicht zu denken war. Sie behalten für die Regelung der internationalen Verkehrsverhältnisse auch ferner hohen Werth. In der neuen Entwicklungsepoche des Zollvereins muss zu ihnen aber noch die systematische, planmässige Revision und Umgestaltung des ganzen Tarifes kommen. Wenn auch vielleicht noch in weiter Ferne und nach mannigfachen Uebergängen, so doch in völliger Klarheit muss dieser Revision und Reform das Ziel vorschweben, nur noch den Staat aus den Zöllen Nutzen ziehen zu lassen und zwar aus möglichst wenigen Zöllen den möglichst höchsten Nutzen; jede Nebenabgabe des Volkes an subventionirte Industriezweige aber allmählig zu beseitigen, während jetzt diese Nebenabgaben ebenso viel, vielleicht noch mehr als die eigentlichen Staatszölle betragen. Das deutsche Volk auf sicherem Wege zu diesem Ziele hinzuführen, ist die wahrlich nicht ruhmlose Aufgabe der neuen Organe des Zollvereines, des hohen Zollbundesrathes und des hohen Zollparlamentes!











Leibniz-Informationszentrum  
Wirtschaft  
Leibniz Information Centre  
for Economics

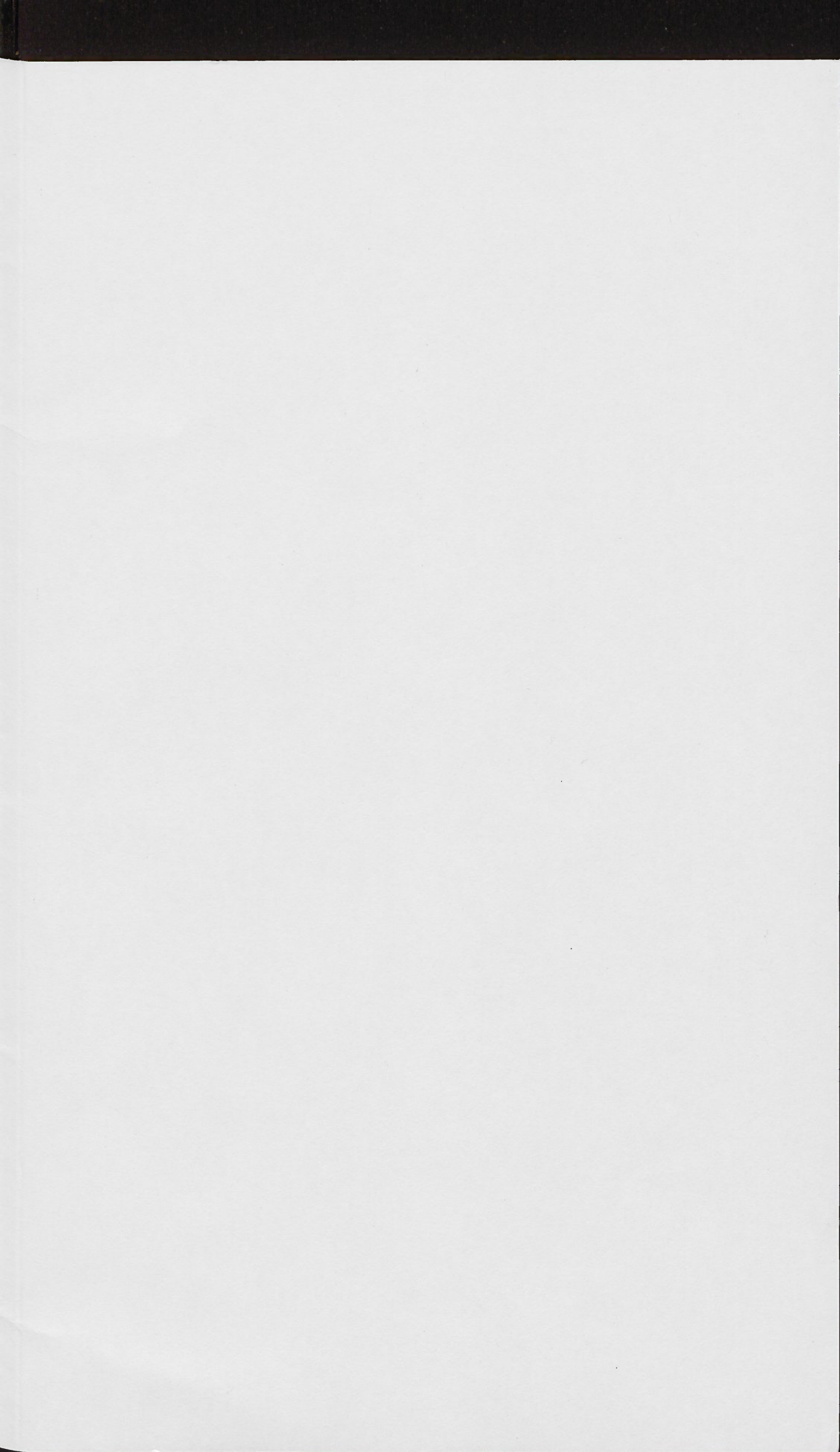




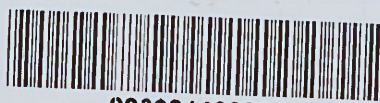












206\$0146633X